

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 M.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 3. Juni 1899.

Inserate die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 M.

Redaktion und Expedition:

Nürnberg, Weigenstraße Nr. 12.

Inhalt: Der „Herr im Hause“. — Die Lage der Arbeiter im Schwarzwald. (Schluß). — Vom deutschen Schiffbau. — Dritter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. (Fortsetzung). — Aus Oesterreich. — Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. — An die Verwaltungsstellen von Schleswig-Holstein und Lübeck. — An die gewerkschaftlichen Organisationen des Ruhrreviers. — An die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands. — Mundschau. — Bitterarisch.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Schwabach Str.;
- von Drehern nach Dülken in Rhnd. (Donnar) Str.
- von Drehern, Hoblern und Schlossern nach Crimmitschau, nach Döhlen (Säch. Gußstahlfabrik);
- von Feilenhauern u. nach Chemnitz Str., nach Kirchheim u. Gek;
- von Feilenschleifern nach Chemnitz Str.;
- von Feingoldschlägern nach Nürnberg und Schwabach Str.;
- von Flaschnern (Klempnern) nach Kiel u., nach Lübeck u., nach München (Schneider), nach Stuttgart u.;
- von Formern und Siebereiarbeitern nach Alt- und Hengersdorf (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele u. Kinder), nach Bielefeld [Temperformer] (Firma W. Kramer), nach Bielefeld (F. A. Große) u., nach Bisdorf bei Leipzig (Firma Wiedemann) u., nach Eberswalde u., nach Gamskatt, nach Habelu (F. Haase), nach Essen an der Ruhr, nach Halle-Büschdorf (A. Jalobi), nach Kiel (Hewaldts-Werke) Str., nach Heilbronn (Wolff) Str., nach Heilbronn, nach Saubhammerwerke in Saubhammer, Profen-Gröblich, Burghammer und Kiesa u., nach Leipzig (Firma Sac, Stahlgießerei), nach Leipzig-Leubsd (Beder u. Co.) Str., nach Leipzig u., nach Lübeck, nach München (Heilbronn) Str., nach Nürnberg (Schudert) Str., nach Rathenow (Otto Schmitt) nach Stavanger in Norwegen (Stavanger Söbber & Dof) Str., nach Stuttgart, nach Torgelow Str., nach Zuffenhausen (G. Kuhn) Str.;
- von Maschinenschlossern nach Crimmitschau (Kettling u. Braun);
- von Metallarbeitern nach Eilenburg (Dr. Bernhardt Sohn, G. Dränert) u., nach Gelsenkirchener-Schalke u., nach Leipzig-Lindenau (Jäger u. Co.) Str., nach Torgau (Maschinenfabrik von Braun & Sohn) u., nach Zindorf (Wolz & Hammerbacher);
- von Schlägern nach Zehammer, nach München;
- von Schlossbauern nach Groitzsch (Stengler);
- von Silberschlägern nach Fürth und Schwabach Str.
- von Siebmachern nach München;
- von Schlossern nach Weimar;
- von Schmieden nach Dresden, nach Weimar.
- von Stemmern nach Flensburg (Schiffsbaugeellschaft) Str.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Der „Herr im Hause“.

Die Geschichte fängt nachgerade an, eine Komödie oder Pöffe zu werden, wie man es nehmen will. Bekanntlich erzielen die Lustspielbücher einen Theil ihrer Erfolge durch das einfache Mittel der zahllosen Wiederholung einzelner Worte, wie „sogenannte“ („Dr. Klaus“), „stellungsweise“ („Die Regimentstochter“) u. bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. So geht es mit den albernen, von den Kapitalisten erfundenen und von ihrer Hesperie Tag für Tag wiederholten Phrase von dem „Herrn im Hause“.

Die Herren sind schon längst nicht mehr „Herr im Hause“ und es würde um das Haus sehr schlecht stehen, wenn sie es noch wären. Alle Schilderungen der Fabrikzustände aus den Anfängen der Industrie bis auf die Zeit, da der Staat sich ins Mittel legte,

zeigen uns in voller Uebereinstimmung derartig grelle Mißstände, daß man ohne Uebertreibung sagen kann, sie gehören mit zu den dunkelsten Blättern der Kulturgeschichte. Eine endlose Arbeitszeit, 14 bis 16 Stunden täglich sogar für Kinder, Nachtarbeit für Frauen und Kinder, regelmäßige Sonntagsarbeit, keine Zwischenpausen, miserable Arbeitsräume, keine Schutzvorrichtungen an den Maschinen, keine Ventilation, keine Reinigung, schmutzige, verfaulte Fußböden und schmutzige Wände und Fenster, Prügelein der Kinder und erwachsenen Arbeiter sowie sonstige schlechte Behandlung, miserable Arbeitslöhne, Truchsystem, unregelmäßige und langfristige Zahlungsperioden, willkürliche Abzüge und Bußen, die in die Taschen der Unternehmer fließen, nackte Willkür bezüglich der Entlassung der Arbeiter, sowie in der Fabrik überhaupt, keine Fürsorge für die im Betriebe verletzten und kranken Arbeiter u. s. w., so daß diese dann der öffentlichen Armenpflege anheimfielen und aus den Steuergeldern der Gesamtheit zum Vortheil einzelner Kapitalisten unterstützt werden mußten.

Da waren die Profitschneider noch „Herr im Hause“, da waren sie in ihrer rücksichtslosen Ausbeutungslust und Profitgier durch keinerlei sanitäts- und baupolizeiliche Vorschriften und Kontrolle gestört, da gab es keine gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter, keinen Fabrikinspektor, der die „Herrschaft im Hause“ schmälerte und beeinträchtigte, keine Versicherungen gegen Krankheit und Unfall, keine Arbeiterorganisationen, keine Arbeiterpresse und keine Arbeitervertreter — da bestand noch in voller, unverfälschter Wirklichkeit der Idealzustand, wie ihn Stumm wieder anstrebt, das „patriarchalische Arbeitsverhältnis“, wo noch frei nach Friedrich Wilhelm IV. kein Blatt Papier und kein Dritter sich „zwischen den Kapitalisten und seine Arbeiter drängte“.

Dieser Stumm'sche Idealzustand, diese ungeschmälerte „Herrschaft im Hause“ hat schmählich Flasko gemacht, die Dinge waren so arg, daß der Staat einschreiten mußte und die Arbeiter durch das Mittel des Streiks Verbesserungen herbeiführen, daß der Fabrikfeudalismus und Absolutismus ebenso zertrümmert werden mußte, wie der politische Feudalismus und Despotismus zerstört wurden. Die Herren, die so den Mund voll nehmen von dem „Herr im Hause“ sein, sind es aber heute schon längst nicht mehr, ihre überlebte Herrlichkeit ist überall durchlöchert und wenn sie selbst das nicht wissen, so kann man von ihnen nur sagen, „das Böllchen merkt den Teufel nicht und wenn er es schon am Kragen hätte“. Daß auch ihre verschiedenen Handlanger die Komödie mitmachen, zeigt deren lakonische Anpassungsfähigkeit im schönsten Lichte.

Neuerdings sollen nun sogar die sozialpolitischen Anträge der nationalliberalen Großindustriellen Hehl und Wassermann, sowie der Freistimmigen Pachnick und Köpcke, wovon der letztere bekanntlich ebenfalls ein Großindustrieller ist, der „Herrschaft im Hause“ gefährlich sein. Es sind die Kühnemänner, die im „Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller“ organisiert sind und der auf den gleichen Ton gestimmte „Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken“, die sich in Eingaben an das Reichsamt des Innern gegen jene Anträge wenden und darin mit entrüsteten Worten auf die Gefährdung ihrer eingebildeten Selbstherrlichkeit hinweisen. Es ist darin viel von dem „Herrn im Betriebe“ und von der absoluten Rechtslosigkeit des Arbeiters in der Fabrik die Rede. „Wir erheben Einspruch gegen den Antrag“, heißt es in der Eingabe der Kühnemänner, „weil durch ein in seinem Sinne erlassenes Gesetz als Grundlage für den Arbeitsnachweis überhaupt ein Prinzip als allein richtig anerkannt, gewissermaßen legalisiert würde, das wir in Bezug auf Industrie und Gewerbe als durch-

aus unrichtig und nachtheilig, sowohl für die Arbeitgeber wie für die Arbeiter, erkannt haben, und daß wir daher in der vorerwähnten Beziehung mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Dieses Prinzip findet in dem Verlangen Ausdruck, daß die Landeszentralbehörde berechtigt und verpflichtet werden soll, die Gemeinde- bezw. weiteren Kommunalverbände anzuhalten, Arbeitsnachweise zu errichten und zu unterhalten, an deren Verwaltung Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorzuge eines Unparteiischen theilhaftig sind. In dem Antrage werden die auf diesem Prinzip errichteten Arbeitsnachweise als „gemeinnützig“ dargestellt: sie bestehen bereits unter der Bezeichnung „paritätische“ oder „unparteiische“ Arbeitsnachweise. Die Gemeinnützigkeit dieser Arbeitsnachweise vermögen wir in Bezug auf Industrie und Gewerbe nicht anzuerkennen, denn sie sind geeignet, deren Bestand und weitere Entwicklung zu untergraben und zu hemmen.“

Gegenüber der Forderung der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern bei der Verwaltung der Arbeitsnachweise orakeln die Kühnemänner im Stile der Stumm, Bued, Beumer, Martens u.: „Diese „Gleichberechtigung“ in dem von jenen Sozialpolitikern gebrauchten Sinne weisen wir entschieden zurück. In der Politik und vor dem Gesetze hat der Arbeiter in unserem Vaterlande volle Gleichberechtigung, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist er von ihr durch unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unbedingt ausgeschlossen; denn auf diesem Gebiete tritt unter Anderem die Scheidung zwischen den Rechten der Arbeitgeber und den Rechten der Arbeiter ein, die von der Entwicklung der Verhältnisse geboten und als wesentliche Grundlage für den Bestand derselben zu betrachten ist. Als eines dieser Rechte nehmen wir in Anspruch, daß der Arbeitgeber Herr in seinem Betriebe sein und bleiben muß; denn nur er ist für das Gelingen des Betriebes verantwortlich. Im Interesse der Gesamtheit ist es unmöglich, ihn von dieser Verantwortung zu befreien; widersinnig aber würde es sein, sie ihm zu belassen und anderen unverantwortlichen Personen das Recht der Mitbestimmung gleichzeitig zu gewähren. Ein Ausfluß des Rechtes, Herr in seinem Betriebe zu sein, ist aber unbedingt das Recht des Arbeitgebers, seine Arbeiter lediglich nach eigenem Ermessen auszuwählen und einzustellen. Dabei verkennen wir nicht, daß Arbeitsnachweise unserer Art Bedeutung wesentlich nur „für die sogenannten „gelernten“ oder „professionellen“ Arbeiter haben. Daher erklären wir ausdrücklich, daß wir . . . nicht unbedingt Stellung gegen die kommunalen oder auch von Vereinen und Gesellschaften begründeten und verwalteten paritätischen Arbeitsnachweise nehmen wollen. Diese Arbeitsnachweise müssen sich in der Hauptsache damit beschäftigen, möglichst viele Arbeitslose unterzubringen, die sie jedoch bezüglich ihrer Brauchbarkeit weder prüfen dürfen noch prüfen können. Es werden dies in der Hauptsache die sogenannten ungelerten oder Handarbeiter sein.“

Die „Eisen-Zeitung“ drückt diese den Herren durch ihre häufige Wiederholung bereits geläufige Stillübung mit innerer Befriedigung nach und versucht sich dann in einigen untergeordneten und mißlungenen Witzchen gegen die Sozialdemokratie. Wir verzeihen der „Eisen-Zig.“ ihr thörichtes Beginnen, ist sie doch nicht verpflichtet, einsichtsvoller und vernünftiger zu sein als ihre Vorgesetzten.

In der gleichwerthigen Eingabe des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken heißt es u. A.: „Das Selbstbestimmungsrecht des Fabrikeigentümers, also der Eigenthumsbegriff überhaupt, würde durch solche Maßnahmen, wie obligatorische Schiedsgerichte oder Einigungsämter, Arbeitsnachweise und bergleichen, erheblich beeinträchtigt werden, da es doch

alleenthalben eine unbestreitbare Berechtigung des Arbeitgebers bleiben muß, Leute nach seiner eigenen Beurteilung ihrer Eigenschaften anzustellen oder zu entlassen, und da, abgesehen von den an vielen Orten schon bestehenden Gewerbeverboten, das allgemeine Recht ausreißend ist, die sich aus dem Arbeitsverhältnis etwa ergebenden Streitigkeiten zu schlichten. Die Industrie müßte es als einen unerträglichen Zwang betrachten, der ihre Schaffensfreudigkeit lähmen und die schöpferische Unternehmungslust brachlegen würde, wenn sie gehalten sein sollte, jedem aus beliebigem Grunde gegen den Arbeitgeber klagbar werden- den Arbeiter vor einem vielfach gänzlich fachunkundigen Einigungsamte Rede und Antwort zu stehen. Der letzte Rest der gegenwärtig nur noch mühsam aufrecht erhaltenen und doch im Interesse des Betriebes durchaus notwendigen Fabriksziplin würde verloren gehen, wenn der Arbeiter wüßte, daß er jederzeit den Arbeitgeber vor das Schiedsgericht oder Einigungsamt fordern könnte. Dazu kommt, daß bei der wohlwollenden Wahrung der Interessen der Arbeiter, wie sie sich in den sozialpolitischen Gesetzen und anderen gesetzlichen Bestimmungen äußert, gar kein Grund zu ersehen ist, den Arbeitern noch Befugnisse zu gewähren, die die Begehrlichkeit nach Macht immer mehr steigern müssen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß Sacharbeiter in sehr vielen Betriebszweigen, namentlich aber im Maschinenbau, wirtschaftlich viel besser gestellt sind als untere kaufmännische und technische Beamte, besser als viele staatliche und städtische Subalternbeamte und ähnliche Angehörige des Mittelstandes, deren allgemeine und berufliche Ausbildung viel mehr gekostet hat, als die der Arbeiter, die, oder deren Eltern, überhaupt keine Kosten für die Schule und Lehre aufzuwenden haben und schon im jugendlichen Alter verdienen

Dum! Fehlt nur noch die Behauptung, die soziale Frage ist gelöst für die Arbeiter, dagegen besteht sie fort für die Millionäre und ihre Handlanger aller Art. Diese Gemeinplätze, Abgeschmacktheiten und unsinnigen Behauptungen beweisen, wie schwer es ist, eine schlechte Sache auch nur einigermaßen genießbar zu machen.

Daß derartige Machwerke irgend einen Einfluß und eine Wirkung haben könnten, ist kaum zu glauben, denn selbst ein Posadowsky kann bei auch nur einigem Verantwortlichkeitsgefühl als Minister, was wir ihm trotz alledem nicht bestreiten wollen, denselben keinen Werth beilegen. Graf Posadowsky hat sich einmal die Finger verbrannt, als er auf die Eingabe der Baugewerks-Zünftler seinen geheimen Erlaß in Sachen des Koalitionsrechtes an die Einzelregierungen richtete und zu demselben jene Hekeingabe als Konzept benutzte und die Erfahrungen, die er damit machte, die Kritik, die er deswegen erfährt, dürften für ihn ein Stück sozialer Erziehung gewesen sein. Ein zweitesmal läßt sich Graf Posadowsky durch die Schanzmacher nicht mehr aufs Eis führen, man darf dies annehmen.

Der arme „Herr im Hause“, den wir übrigens den Theaterdichtern als Sujet für ein heiteres Bühnenstück empfehlen, ist auf dem besten Wege, zur lustigen Person zu werden. In vielen Dingen ist es bereits mit seiner Herrlichkeit vorbei, andere Fragen haben damit gar nichts zu thun, wie gerade der Arbeitsnachweis, der von den Herren gewaltjam unter diesem Titel gebracht wird und auf seinem eigensten Gebiete, in Bezug auf das Recht, Arbeiter anzunehmen und zu entlassen, ist der „Herr im Hause“ von keiner Seite bestritten und daher das ganze Geschrei der Kühn- männer eine Donquixoterie, ein Kampf gegen Windmühlen. Und Don Quixote hatte sich ja selbst den Titel „Ritter von der traurigen Gestalt“ beigelegt. —

Die Lage der Uhrenarbeiter im Schwarzwald.

(Schluß.)

Dem Familienstande nach waren bei der Erhebung 183 männliche Arbeiter verheiratet, 9 verwitwet oder geschieden und 160 ledig; von den Arbeiterinnen 28 verheiratet, 4 verwitwet oder geschieden und 36 ledig. 89 Ehefrauen waren ständig und 4 zeitweise erwerbsfähig, ferner 4 Kinder unter 14 Jahren in 3 Familien.

Sehr dürftig sind die Wohnungsverhältnisse. Es besteht Mangel an Arbeiterwohnungen und daher theure Mietpreise. So kostet eine Wohnung mit einem Zimmer und einer Kammer (das ist überhaupt keine Wohnung für eine Familie. Red.) pro Jahr 96 bis 120 M., mit 2 Zimmer und Küche 156—216 M., mit 2 Zimmern, Kammer und Küche 180—300 M. Da diese kleinen Wohnungen überdies mangelhaft, so müssen die Arbeiter größere mieten und sodann Schlafgänger halten. Die ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen zahlen für ihre Schlafstellen von M. 11,36 im Minimum (Ar-

betterin) bis 25, 30, 35—50, 120, 144 und 180 M. im Maximum.

21 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen betreiben neben ihrer Fabrikarbeit auch noch Landwirthschaft; 12 Arbeiter davon wohnen in eigenen Häusern. Der durchschnittliche Tagesverdienst, der mit der landwirthschaftlichen Arbeit verdient wird, beträgt M. 1,30 bis 1,70 im Minimum für Arbeiterinnen und M. 1,80 bis 3,50 für Männer im Maximum; die meisten Tagelöhne der letzteren bewegen sich zwischen M. 2,20 und 3,20.

Von den Heimarbeitern füllte einzig eine Arbeiterin den Fragebogen aus. Sie verdient 4—5 M. pro Woche. Die Hausindustriellen sind ehemalige selbstständige Schwarzwälder Uhrmacher. Sie arbeiten zum Theil für die Fabriken, wie die Heimarbeiter, zum Theil für die Grossisten direkt. Ihre Lage ist, soweit sie ohne fremde Arbeitskräfte arbeiten, eher schlechter als besser wie die der eigentlichen Fabrikarbeiter. Sie haben mit den Heimarbeitern eine längere Arbeitszeit, die Stellung eigenen Werkzeugs, Licht, Heizung u. gemein, ohne höhere Affordpreise zu erhalten. Soweit sie andere Arbeitskräfte beschäftigen, betreiben sie deren Ausbeutung in größerem Maße als die Fabrikanten. So wird über einen solchen Hausindustriellen Folgendes berichtet: Er beschäftigt neben einem jugendlichen männlichen Arbeiter 4 Schulkinder unter 14 Jahren, zum Theil Vormittags 4, zum Theil Nachmittags 5 Stunden. Der durchschnittliche Verdienst eines solchen Schulknaben beträgt M. 1,40 in 14 Tagen. Die Behandlung ist mittelmäßig. Der große Kinderfreund heißt: Richard Dorn. Von den Arbeits- und Lebensverhältnissen in St. Georgen sagt das bereits erwähnte ultramontane Rässblättle, „Der Brigachbote“, der dort erscheint und wie die ganze Zentrumpresse die Geschäfte der Unternehmer gegen die Arbeiter besorgt: „Wir können dreist behaupten (sehr gut! In dreistesten Behauptungen sind ja die Schwarzen noch immer stark gewesen. D. Red.), daß die Arbeiter nirgends bessere Verhältnisse wie hier finden und daß es hier sehr viele Arbeiterfamilien gibt, die um ihre finanziellen Verhältnisse von manchem Handwerksmann beneidet werden.“ In der That, wie wir noch weiter sehen, eine dreiste Behauptung, deren Hinsfälligkeit das Blättle selber schon dadurch demonstrierete, daß es die Erforschung dieses „Paradieses“ fürchtete und daher die Arbeiter zum Nichtausfüllen der Fragebogen aufstachelte.

In St. Georgen werden alle Sorten Wanduhren, Regulateure, Uhren amerikanischen Systems und die Schwarzwälder Uhr angefertigt. Es gibt daselbst 6 Fabriken mit zusammen 404 Arbeitern, wovon sich 140 Arbeiter an der Erhebung beteiligten, ferner 10 „Einzeln“, insgesammt somit 150 Arbeiter. Die Verhältnisse betreffend Beleuchtung, Ventilation, Reinigung u. dgl. scheinen mit denen in Furtwangen, die wir bereits kennen lernten, übereinzustimmen. Mit Ausnahme einer Fabrik wird noch durch das Fensteröffnen „ventilirt“. In 5 von den 6 Betrieben wird wöchentlich ein Mal und zwar während der Arbeitszeit gereinigt. Waschkabine mangelt, Schutzvorrichtungen dagegen genügen bis auf einen Betrieb. Die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Jugendlichen und Arbeiterinnen werden eingehalten. Die tägliche Arbeitszeit beträgt in allen Betrieben noch immer 10 1/2 Stunden. Ueberzeitarbeit ist nicht üblich, die Behandlung annehmbar. 4 Betriebe kommen ohne Strafen nicht aus; die Verwendung der Straf- gelder ist für die Arbeiter geheimnisvoll. Vielleicht verwenden sie die Herren „aus Gründen der Disziplin und Autorität“ für sich. Die Lohnzahlung erfolgt alle 14 Tage in 2 und alle 4 Wochen in den übrigen Betrieben. Vierwöchige Lohnzahlung gehört natürlich auch zu den Schönheiten des Schwarzwälder Paradieses. Eine Firma zieht den Arbeitern Lohn- kation ab.

Ueber die Arbeitslöhne sind folgende Angaben gemacht worden. Es verdienen pro Tag bis

	2 M.	3 M.	4 M.	über 4 M.
Gießer	1	—	—	—
Maschinenbauer	2	—	—	—
Uhrmacher	3	49	8	1
Schreiner	—	19	—	—
Maler	—	3	—	—
Drechsler	1	1	—	—
Ungelernte Arb.	8	15	3	1
Arbeiterinnen	27	—	—	—
Total	39	90	11	2

Von 115 männlichen Arbeitern verdienen 102 nur bis zu 3 M.; 11 bis zu 4 und 2 über 4 M.; von den 27 Arbeiterinnen verdienen 16 von unter M. 1—1,30, 4 M. 1,40—, 5 M. 1,50—1,60. Bis M. 2 verdient

also nicht eine einzige Arbeiterin und angefaßt solcher traurigen Lohnverhältnisse besitzt der schwarze „Brigachbote“ die unübertreffliche Frechheit, zu schreiben, daß für die Arbeiter nirgends bessere Verhältnisse seien als in St. Georgen. Und solche freche Verlogenheit lassen sich die Arbeiter ruhig gefallen und laufen solchen abgebrühten Handlangern des Geldsacks noch nach.

Von den an der Erhebung beteiligten Arbeitern waren 51 verheiratet, 1 verwitwet und 67 ledig; die Arbeiterinnen waren alle unverheiratet. Dagegen sind die Frauen 10 verheirateter Arbeiter anderweitig mit erwerbstätig gewesen. Die Jahresmiete für Wohnungen schwankt zwischen 84 und 264 M., der Schlafgänger zwischen 36 und 94,50 M.

Die Heimarbeiter arbeiten nach den ausgefüllten Fragebogen 12, 13 bis 14 Stunden täglich; sie müssen das Werkzeug selbst stellen, ja sogar das Material selbst kaufen und verdienen kann M. 1,70, 2,50—3 M. pro Tag. In der Landwirthschaft beträgt der Tagesverdienst M. 1,70.

Ähnlich sind die Verhältnisse in Triberg, Hornberg und Willingen, nur zum Theil noch schlechter. So wird in den Hornberger Fabriken noch 11 bis 13 Stunden gearbeitet und außerdem noch häufig Ueberstunden gemacht; auch in Triberg ist nur in einem von 13 Betrieben der Zehnstundentag eingeführt, in den übrigen Fabriken wird noch 11 Stunden lang gearbeitet, in den Kleinbetrieben gar 12 bis 15 Stunden. Dagegen haben in Willingen 8 die 10- und nur eine die 11stündige Arbeitszeit. Die übrigen Arbeitsverhältnisse und Einrichtungen decken sich in der Hauptsache mit den geschilderten in Furtwangen und St. Georgen; zum Theil sind sie noch etwas besser, zum Theil schlechter. Dasselbe gilt von den Lohn- und Wohnungsverhältnissen. Die meisten Arbeiter figuriren in den Lohnklassen bis 3 M. und die meisten Arbeiterinnen in denen unter 2 M.

Im badischen Schwarzwald hat Willingen mit 908 Arbeitern die bedeutendste Uhrenindustrie; im württembergischen ist es Schramberg, wo 1958 und Schwenningen, wo ca. 1300 Uhrenarbeiter beschäftigt sind. Leider war deren Beteiligung an den Erhebungen eine verhältnismäßig recht geringe, so in Schwenningen nur von 232 und in Schramberg von 239; an sich sind ja diese Zahlen ganz ansehnliche. Günstiger ist ja das Verhältnis betreffend Mühlheim a. N., wo sich 63 von ca. 180 Arbeitern, also mehr als 1/3 an der Untersuchung beteiligten.

Die Zahl der Uhrenfabriken in sämtlichen badischen Orten beträgt: Furtwangen 9, Gütenbach 5, Hornberg 4, St. Georgen 6, Willingen 9 und Triberg 13, zusammen 46; in den württembergischen Orten: Mühlheim 1, Schramberg 3 und Schwenningen 7, zusammen 11 und insgesammt 57.

Bezüglich der allgemeinen Arbeitsverhältnisse in den drei württembergischen Orten seien folgende Einzelheiten erwähnt: Nur eine von den 11 Fabriken besitzt eine Ventilationsvorrichtung. In der Schramberger Fabrik von Gebr. Junghans werden die Arbeitsstühle täglich gekehrt und einmal wöchentlich aufgewaschen, in der anderen Fabrik daselbst, der Hamburg-Amerikanischen zum Theil täglich, zum andern Theil wöchentlich, ebenso in mehreren anderen einmal pro Woche; in Schwenningen meistens 3mal wöchentlich. In Mühlheim wird nach Schluß der Arbeit gereinigt, in den anderen während der Arbeit. Waschkabine mangelt zum Theil ganz, zum anderen sind sie ungenügend oder „vorstinktlich“ und „primitiv“, wie in Schramberg. Das Gleiche gilt von den Bedürfnisanstalten, die in Schramberg als „schlecht“ und „denkbar schlechteste“ bezeichnet worden. Die tägliche Arbeitszeit beträgt meistens 10, nur in zwei Fabriken 10 1/2 Stunden. Ueberstunden werden in Mühlheim nicht, wohl aber an den anderen beiden Orten gemacht, jedoch soll im ersteren Orte Arbeit zum Fertigmachen mit nach Hause genommen werden. Die Behandlung „könnte besser sein“, sei „hochfahrend“ und „kein Vertrauen zu den Arbeitern“ in Mühlheim; „gut“ bis „schroff“ und „kurz angebunden“ in Schwenningen; nicht befriedigend in Schramberg. Die Lohnzahlung ist wöchentlich (Schwenningen) bis 14tägig. Strafen werden erhoben, doch wissen die Arbeiter mehrerer Fabriken nicht, zu welchem „wohlthätigen Zwecke“ sie die Fabrikanten verwenden. Die Gewerbeordnung bestimmt, daß alle Strafgeelder im Interesse der Arbeiter Verwendung finden müssen. Dabei ist im Zusammenhang damit auch von den Arbeiterausschüssen die Rede, welche bezüglich der Strafgeelder ein Wort mitreden dürfen. Bis zu den Höhen des Schwarzwaldes scheinen diese 1892 getroffenen Gesetzesbestimmungen noch nicht gedrungen zu sein. Der Fabrikinspektor sollte den Fabrikanten Unterricht in der Gesetzeskunde geben.

In Schramberg haben die Arbeiterinnen die Reparaturen zu bezahlen, in Mühlheim existiert kein fester Akkordtarif, sondern der Akkordpreis wird von Fall zu Fall, häufig genug nach der Inangriffnahme der Arbeit vereinbart, wobei sehr nach Gunst verfahren wird.

Die Lohnverhältnisse sind in allen 11 Fabriken folgendermaßen beschaffen. Es verdienen pro Tag bis

Table with 5 columns: Profession, 2 M., 3 M., 4 M., über 4 M. Rows include Uhrmacher, Dreher, Metallbrüder, Mechaniker, Schloffer, Drehstler, Schreiner, Holzbildhauer, Ungelernte Arb., Arbeiterinnen, and Total.

Von 528 Arbeitern und Arbeiterinnen verdient beinahe 1/4 nur bis zu 2 M., die Hälfte bis zu 3 M., der fünfte Theil bis zu 4 M. und noch nicht einmal 2 Proz. über 4 M.

Von 199 verheiratheten Männern müssen 89 ihre Ehefrauen zur Erwerbshätigkeit anhalten, um zusammen so viel zu verdienen, als der nothdürftige Lebensunterhalt erfordert.

In einem kurzen Schlußartikel belächeln wir an Hand der Haushaltungsbudgets die Lebenshaltung und Einkommensbilanz wie auch die gewerkschaftliche Organisation der Uhrenarbeiter.

Vom deutschen Schiffsbau.

Der außerordentliche Aufschwung, den der so verhältnißmäßig junge deutsche Industriezweig des Schiffbaus genommen hat, ist auch in der 'Met.-Ztg.' schon in einigen Artikeln besprochen worden.

Die Werftarbeiter werden diese Vereinigung ganz besonders im Auge zu behalten haben, denn die Förderung 'praktischer Fragen' seitens einer bestimmten Gruppe von Unternehmern ist vielfach gleichbedeutend gewesen mit Vereinbarungen, die gegen die Arbeiter gerichtet waren.

Herrn Soeben erhalten wir von der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft die Mittheilung, daß dort gestern 55 Stenmer die Arbeit niedergelegt haben und voraussichtlich sich noch mehr Arbeiter diesem Streik anschließen werden.

Wir werden ersucht, nicht nur diese jetzt schon Streikenden (siehe umstehende Liste) von der Arbeit auszuschließen, sondern auch alle sonst sich meldenden Arbeiter der genannten Werft abzuweisen.

Hochachtungsvoll Verband der Eisenindustrie Hamburgs. J. U. gez. Thielow, Sekretär. Diese schwarze Liste weist die Namen von 55 Arbeitern der Flensburger Schiffswerft auf.

9 1/2 Prozent Dividende bezahlt. Im letzten Jahre waren es 13 Prozent. Und nun verlangen die Stenmer, bei denen bisher Löhne von 28, 31, 33 und 35 S pro Stunde üblich waren, daß nur 2 Klassen bezahlt werden und zwar 33 und 35 S.

Der von den Streikenden gewählten Kommission wurde mitgetheilt, daß auf keinen Fall die Werft auf diese Forderungen eingehen würde.

Wir wissen weshalb. Die Antwort gibt uns nämlich der Kurszettel. Wir lesen, daß der Kurs der Aktien der Flensburger Werft war: am 21. November 1898: 160, am 21. April 1899: 170, am 18. Mai 1899: 180.

So lange, bis sie endlich einmal den Werth der Organisation haben kennen und schätzen gelernt und durch die Macht derselben das zu erringen suchen, was der Einzelne nie erringen kann.

Wir sehen, auch die trockenen Zahlen eines langweiligen Kurszettels können den Arbeitern interessante Mittheilungen machen, Mittheilungen, die es dem Arbeiter zeigen, daß wir in der schönsten der Welten leben.

Dritter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

(Fortsetzung.)

Dritter Verhandlungstag, 10. Mai. (Nachmittags Sitzung.)

Die ganze Sitzung wird durch die Debatte über die Arbeitsvermittlung ausgefüllt. (Mit Rücksicht auf unsern beschränkten Raum müssen wir die Wiedergabe der Diskussion über diesen Punkt unterlassen.)

Außer den beiden in voriger Nummer mitgetheilten Resolutionen stehen zwei Resolutionen von den Bildhauern und Buchdruckerei-Hilfsarbeitern zur Berathung, die aussprechen, daß sie ihre Fachorganisations-Arbeitsnachweise nicht zu Gunsten städtischer paritätischer Arbeitsnachweise aufgeben wollen.

Vierter Verhandlungstag.

Zur Frage der Arbeitsvermittlung hat von Elm noch die folgende Resolution eingebracht:

„Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung hält der Kongreß nach wie vor an dem grundsätzlichen Standpunkte fest, daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen gebührt und daß die Mitwirkung der Kommunalverwaltungen nur in so weit Berechtigung hat, als es sich um Errichtung und Erhaltung von Gebäuden handelt, in denen die Gewerkschaften ihre Arbeitsnachweise einzurichten haben.“

Der Kongreß empfiehlt deshalb denjenigen Gewerkschaften, die gut organisirte Arbeitsnachweise haben, dieselben aufrecht zu halten und weiter auszubauen und dieselben nicht zu Gunsten kommunaler oder paritätischer Arbeitsnachweise aufzugeben.

Dagegen anerkennt der Kongreß, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen an manchen Orten für eine Reihe von Berufen von Vortheil sein kann, sich an kommunale Arbeitsnachweise zu betheiligen und daß es in solchen Fällen im Interesse der Allgemeinheit liegt, bestehende kommunale Arbeitsnachweise nach folgenden Grundsätzen auszubauen.

Die Diskussion wird geschlossen, nach dem Referenten und Korreferenten soll aber noch als Antragsteller v. Elm das Wort erhalten.

Referent Leipart wendet sich in seinem Schlußwort gegen einzelne Einwendungen. Eine Einigung mit der Resolution Pöschsch sei solange nicht möglich, als Pöschsch den Grundsatz nicht fallen lasse, daß die Arbeitsvermittlung in die Hände der Arbeiter gehöre.

Korreferent Pöschsch: Leiparts Ausführungen widersprechen auch dem Wortlaut der Resolution Leipart. Der Grundsatz, daß die Arbeitsvermittlung in die Hände der Arbeiter gehört, müsse aufrecht erhalten werden.

v. Elm: Trozdem die Debatte geschlossen ist, scheint noch große Unklarheit zu herrschen. Ich empfehle die Wahl einer Kommission, die sämtliche Resolutionen verarbeitet.

Der Kongreß beschließt nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, eine Kommission zur Vorberathung über die Reso-

lutionen einzusetzen und wird, wenn die Arbeit der Kommission vorliegt, die Debatte wieder aufnehmen.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung: Tarife und Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe.

Döblin-Berlin als Referent: Wie heute die vorgeschrittenen politischen Parteien den Krieg aus der Welt schaffen und Schiedsgerichte einsetzen wollen, die rohe Gewalt als dem Kulturfortschritt widersprechend verurtheilen, so möchte ich das Bestreben einzelner Organisationen nach Tarifgemeinschaften auf ähnliche Gründe zurückführen.

Wir kämpfen nicht des Kampfes wegen, sondern nur, wenn es im Interesse der Gesamtheit liegt. Erfüllen aber die Unternehmer nach Ablauf des Vertrages unsere berechtigten Forderungen nicht, so geht die Freundschaft in die Brüche (na! na!). Ich habe natürlich den Wunsch und die Hoffnung, daß es uns in zwei Jahren gelingen möge, eine neue Tarifgemeinschaft zu beschließen.

Der Verband der Buchbinder (Zahlstelle Hamburg) beantragt: „Vereinbarungen von Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind nur dann zu empfehlen und zulässig, wenn dieselben von allen Berufsorganisationen der in Betracht kommenden Industrie für gut und zweckmäßig befunden werden.“

Die Vereinbarung eines Lohntarifes zwischen Arbeitern und Unternehmern bedeutet die willkommene beiderseitige Anerkennung einer Preisnotirung, in der ausgedrückt ist, welchen Mindestpreis der einzelne Arbeiter vom Käufer seiner Arbeitskraft zu fordern hat.

Der Kongreß beschließt nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, eine Kommission zur Vorberathung über die Reso-

lutionen einzusetzen und wird, wenn die Arbeit der Kommission vorliegt, die Debatte wieder aufnehmen. Eine längere Debatte entspinnt sich über einen neu ein-

gebrachten Antrag, ob nun Pollender das Wort gestattet werden soll. Der Antrag wird nunmehr angenommen.

Klotz-Beipzig behauptet, daß die lange Tarifgemeinschaft der Buchdrucker die Buchbinder, die im Uebrigen auch einen Tarifvertrag erstreben, verhindert hat, für sich eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen.

Pollender-Beipzig: Sie haben mir hauptsächlich deshalb das Wort gestattet, weil Döbblin vorwiegend über die Buchdrucker-Tarifgemeinschaft gesprochen hat. Tarife sind dem Zustande vorzuziehen, bei dem das Unternehmertum allein den Lohn diktiert. Gegen einfache Tarifbestimmungen ist deshalb wenig zu sagen, aber was die Buchdrucker getan haben geht viel weiter. Döbblin sprach von einer Verringerung der Taktzeit innerhalb 24 Stunden, das ist aber bei einer fünfjährigen Tarifgemeinschaft nicht möglich. Die lange Dauer der Gemeinschaft ist ihr Hauptschaden. Es ist zuzugeben, daß der Tarif größere Ausbreitung gefunden hat. Einmal liegt das an dem Interesse der Prinzipale an der Beseitigung der Schmutzkonkurrenz, dann aber an der Tatsache, daß der neue Tarif Unternehmern in kleinen Städten die Möglichkeit gewährt, die Löhne herabzusetzen. In der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft ziehen die Gehilfen stets den Kürzeren. Erst neulich hat sich das gezeigt, wo sich die Gehilfen verpflichtet haben, ihre Mitglieder nicht gegen den Beitritt in die Prinzipalklassen zu beeinflussen, die Unternehmer aber für sich das Recht in Anspruch nehmen, nur solche Gehilfen zu beschäftigen, die den Prinzipalklassen angehören. Es ist weiter Tatsache, daß die Nichtverbändler durch den Prinzipalarbeitsnachweis viel schneller Arbeit bekommen, als die Mitglieder des Verbandes. Die Tarifgemeinschaft hat einschläfernd gewirkt. Die Erziehung zum wirtschaftlichen Kampf aber bleibt die Hauptsache. Seit 30 Jahren haben die Buchdrucker nicht viel erreicht. Der unglückliche Ausgang des letzten Streiks ist zurückzuführen auf die früheren Gemeinschaften. Die jetzige Gemeinschaft wird für zukünftige Lohnkämpfe noch schlimmere Folgen zeitigen. Die Hauptsache bleibt, daß durch den jetzigen Tarif das Klassenbewußtsein einschläfert, wenn nicht getödtet wird zum Schaden der Gesamtarbeiterschaft.

Nach weiterer Diskussion wird die Resolution Döbblin gegen 5 Stimmen angenommen. — Schluß der Sitzung.

Fünfter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung. Der Kongreß tritt in die Beratung der Gewerbeinspektion ein.

Referent Dr. Quarc: Der beste Gradmesser dafür, ob ein Staat es mit dem Arbeiterschutz ernst meint, ist die Ausdehnung der Gewerbeinspektion, denn sie zeigt, wie weit die Regierung gewillt ist, den Arbeiterschutz auch in der Praxis durchzuführen. Wir haben jetzt 26 verschiedene Bestimmungen, je nach den 26 verschiedenen Bundesstaaten und haben deshalb stets die Forderung einer Reichsinspektion aufgestellt. Was ich Ihnen sonst noch zum gesetzlichen Ausbau der Gewerbeaufsicht in meiner Resolution vorschlage, lehnt sich an unsere Beschlüsse auf dem Züricher Arbeiterschuttkongresse an. Hier kommt es uns wohl namentlich auf das Verhältnis zur gewerkschaftlichen Organisation an. In Deutschland besteht für große Gebiete keine oder nur geringe Fühlung der Aufsichtsbeamten mit den Arbeiterorganisationen. Die Inspektoren sind durch ihre Dienstverpflichtungen nicht dazu verpflichtet und einzelne Inspektoren wissen gar nicht, daß es überhaupt Arbeiterorganisationen gibt. Sie mögen daraus den Grad der Befähigung mancher dieser Herren für ihr Amt erkennen. Bayern hat übrigens die Beamten in der allerletzten Zeit angewiesen, mit den Arbeitern in Verbindung zu treten. Das ist aber der erste Fall dieser Art. In der Fabrik kann der Arbeiter natürlich mit dem Aufsichtsbeamten nur schwer in Verbindung kommen. Da ist der Druck des Arbeitgebers, die Angelegenheit schlechter Arbeitskollegen hindert. Viele Arbeitgeber verbieten ihren Arbeitern direkt mit den Gewerbeinspektoren zu sprechen, in dem Bericht des Beamten für Unterfranken wird sogar die Anstellung von Spitzeln berichtet, die den Verkehr der Arbeiter mit dem Inspektor überwachen mußten. Wie mit dem mündlichen Verkehr, sieht es mit dem schriftlichen Verkehr; nur in Baden ist es etwas besser, da sich dort der Beamte einer gewissen Beliebtheit bei den Arbeitern erfreut. Es sind ja in einzelnen Bezirken Sprechstunden eingerichtet, aber die Arbeiter müssen sich scheuen, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. In Köln hat ja der Inspektor Jäger einen offiziellen Büffel bekommen, weil er Sprechstunden eingerichtet hat und ist von dem jähnen Köln nach der Simeburger Haide verjagt worden, wo er gewiß den Industriellen nicht mehr schaden kann. Der organisierte Verkehr mit den Arbeiterverbänden hat sich nach drei Richtungen herausgebildet: die Arbeiter schließen einen einzigen Vertrauensmann für den ganzen Bezirk, wie den Genossen Wandert in Weimar, den die Regierung als Berater der Inspektion zum Sprechenden der Scharmacher akzeptiert hat. Dann die örtlichen Beschwerdekommissionen, die die Beschwerden der Arbeiter für den Inspektor zurechtmachen und vertreten. Endlich das vollkommene System, direkte regelmäßige Konferenzen von Arbeitervertretern mit den Aufsichtsbeamten. Das weimariische System läßt sich wohl nur in einem kleinen Staate durchföhren und erstet auch die anderen nicht. Bei den Beschwerdekommissionen sollte Staatsrat und Richterstattung besser organisiert werden. Die ersten wurden meines Wissens 1892 in Mannheim und Mainz, dann 1893 in Nürnberg unter Grillenberger's Führung gebildet. Aber vielfach haben es die Beamten direkt abgelehnt, mit Beschwerdekommissionen der Arbeiter zu verkehren, so in Dresden, Pina, Remscheid, Leipzig, Breslau und anderen Orten. Hier in Frankfurt haben wir auch einen Zusammenstoß mit dem Fabrikinspektor gehabt. Es ist ganz interessant, daß da, wo angeblich in politischem Radikalismus nichts geleistet wird, wo Opportunismuspolitik herrschen soll, in der Praxis der Arbeiterschuttpunkt am energischsten gewahrt wird. Ohne jeden Anlaß hatte es der Frankfurter Beamte plötzlich abgelehnt, weiter mit der Beschwerdekommission zu verkehren, weil sie aus Sozialdemokraten bestünde und „joger einen sozialdemokratischen Agitor in ihrer Mitte habe.“ Wir haben an den Richter die Eingabe gerichtet, 22 Beamten aus Frankfurt abzuweisen, die zwar nicht sofort, aber später doch Erfolg gehabt hat. Der Beamte ist nach dem Oben zurückgezogen worden. In Augsburg hat sich ein Drama von erschütternder Wirkung abgespielt. Dort sind in Folge von Beschwerden bei der Kommission drei Arbeiter mit zahlreicher Familie als verurteilte Angeber gemeldet worden. Die Beamten waren unschuldig und haben die Kommission, die Namen

der wirklichen Beschwerdeföhren anzugeben, ein Verlangen, das leider nicht erfüllt werden konnte, da den Beschwerdeföhren, die nur die Wahrheit angeben hatten, Diskretion zugesichert worden war. Die vollkommenste Form des Verkehrs hat sich nur in Württemberg herausgebildet. Dort treten die Vertrauensleute sämtlicher Gewerkschaften mit sämtlichen Gewerbeinspektoren alljährlich zu einer Konferenz zusammen. Das läßt man sich gefallen und es zeigt den Unterschied von Württemberg und Preußen. Hier gehen die Inspektoren zu den Unternehmern und verschwinden dort theilweise die größten Lebenswürdigkeiten, aber sie setzen keinen Fuß in eine Arbeiterorganisation, gehen höchstens einmal in einen Kirch-Drucker'schen oder christlich-sozialen Gewerbeverein. Diese Herren haben dann noch die Arbeit zu berichten, daß die Lage der Arbeiter sich sehr gehoben habe, weil der Preis — der Kartoffeln gesunken ist. Um solche Raibetäten zu verhindern, können auch die Zentralorganisationen etwas thun. Sie sollten alle ihre Publikationen regelmäßig an alle deutschen Gewerbeinspektoren schicken, dann können sich die Beamten bei ihren Darstellungen nicht mehr über Mangel an Unterlagen beklagen. Was ist also der Schluß aus allen diesen Einzelheiten? Ein Beitrag zur brennendsten Frage, vor der wir stehen: ohne volle Anerkennung der Arbeiterorganisation ist jede Sozialreform nur Klassenheulelei. (Beifall.)

Der Referent beantragt folgende Resolution: „Jede Gewerbeinspektion, die wirksam sein will, ist durchaus auf die Arbeiterschaft bei der Kontrolle der Arbeitsschutzgesetze sowohl, als bei der Richterstattung über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung angewiesen; ohne diese Unterstützung, welche am zweckmäßigsten durch die Arbeiterorganisationen erfolgt, vermag die Gewerbeinspektion selbst in günstigsten Falle nur halbe Arbeit zu leisten.“

Nun wird es aber den deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen außerordentlich erschwert, einen für beide Theile nützlichen Verkehr mit den deutschen Gewerbeinspektoren zu unterhalten. Die Hindernisse für diesen Verkehr bestehen, außer in der materiellen und moralischen Abhängigkeit des einzelnen Arbeiters vom Kapitalisten, in der den Arbeiterorganisationen feindlichen inneren deutschen Politik, in der bürokratischen Regelung der deutschen Gewerbeaufsicht durch 26 verschiedene Bundesstaaten, in der wenig sachentsprechenden Vorbildung vieler Inspektoren, ferner in den gesellschaftlichen Vorurteilen, der vielfachen Ueberlastung und dem häufigen Wechsel der unteren Aufsichtsbeamten im größten deutschen Bundesstaat, endlich in dem Fehlen der weiblichen Gewerbeinspektion in den meisten deutschen Staaten.

Dennoch fordert der Kongreß alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf, vor Allem die organisierten, so regen Verkehr wie nur irgend möglich mit den Gewerbeinspektoren anzustreben und empfiehlt hierzu folgende Wege:

1. Bildung von Beschwerdekommissionen (mit besonderer Hinzuziehung weiblicher Vertrauenspersonen), wo solche noch nicht bestehen, im Anschluß an die Gewerkschaftsartelle und lebhafter persönlicher Verkehr der Vorsitzenden dieser Kommissionen mit den Aufsichtsbeamten, wobei im Interesse der Arbeiterschaft die mancherlei Eigentümlichkeiten jener Beamten in den Kauf zu nehmen sind;

2. Lebhafter Benutzung dieser Kommissionen durch die Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei Uebermittlung von Anzeigen und Beschwerden an diese Körperlichkeiten weniger Maßregelungen zu befürchten haben, als bei direktem Verkehr mit dem Inspektor, die aber auch bei der Befichtigung der Fabriken durch die Beamten selbst mehr Energie und Unerbittlichkeit dadurch beweisen müssen, daß sie die Beamten an Ort und Stelle auf Mißstände aufmerksam machen;

3. Regelmäßiger Verkehr der Zentralverbände, örtlichen Bezirksstellen, Kartelle, Arbeitersekreariate und Krankenkassen mit den Inspektoren nach württembergischem Muster und namentlich regelmäßige Uebermittlung von Material über die Lebenslage der Arbeiter durch jene Organe an die Zentralstellen und örtlichen Beamten der Gewerbeinspektion für deren Jahresberichte über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung.

Der Kongreß verheißt sich allerdings nicht, daß eine einigermaßen befriedigende Verbindung der Arbeiter mit der Gewerbeinspektion und die wirkliche Aufbarmachung der staatlichen Aufsicht für die Arbeiterschaft erst möglich werden wird durch weitgehende Reformen der Gewerbeinspektion selbst, nämlich durch

Ausdehnung derselben auf Handwerk, sowie Klein- und Hausindustrie, Handel, Transport und Verkehr, Zentralisierung in eine Reichsinspektion, Vermehrung der Beamten durch Schilfen und Gehilfen aus Arbeiter- und Angehülfskreisen, sowie Ausstattung der Beamten mit Vollzugsrecht und voller Unabhängigkeit.

Deswegen fordert der Kongreß alle Arbeiter und Arbeitervertreter auf, mit aller Energie dahin zu wirken, daß diese Reformen, durch die die Gewerbeinspektion erst wirklich nachdringend für die Arbeiterschaft gestaltet wird, zur Durchführung gelangen.

Aber auch so lange diese Reformen nicht erreicht sind, sollen Arbeiter und Arbeiterinnen unablässig in den oben angegebenen drei Richtungen thätig sein, damit Gesetzgebung und Verwaltung desto früher zu Verbesserungen gedrängt werden.

Fäp Low-Hamburg erörtert dann die Mißstände im Baugewerbe und fordert eine besondere Bauinspektion, die Festlegung von Normalvorschriften zur Verhütung von Unfällen, die von Arbeiterkommissionen für die einzelnen Orte angearbeitet werden und durch Arbeiterkontrollen durchgeführt werden, sowie die Anstellung von besonderen Bauinspektoren. Die jetzigen Gewerbeinspektoren sind für das Baugewerbe völlig ungeeignet. (Schluß folgt.)

Aus Oesterreich.

|| Wien, 20. Mai.

Die Metallindustrie Oesterreichs ist flott beschäftigt, wofür stete Vergrößerung zahlreicher Unternehmungen und Umnüchungen in Aktienkapitalen zeugen. In zahlreichen Fällen wird das Aktienkapital erhöht und hohe Dividenden an die Aktionäre sind weitere Beweise für die günstige Konjunktur der Metallindustrie. So erhöht nur nur wenige Beispiele anzuföhren, die Stager Waggonfabrik Aktiengesellschaft das Stammkapital von 1,5 Millionen auf 3 Millionen Gulden, die Maschinenfabrik Lauerer, Ratzsch & Co. wurde in eine

Aktiengesellschaft umgewandelt, die Alpine Montangesellschaft konzentriert ihre ausgedehnten Betriebe und stellte einen neuen Hochofen auf, der zu den größten des Kontinents gezählt wird, die Firma Böhler & Co. wird in eine Aktiengesellschaft mit 7,5 Millionen Gulden Stammkapital umgewandelt. In den meisten Fabriken wird Ueberzeit gearbeitet und fette Profite für die Unternehmer sind die Folgen dieser andauernden Prosperität. Trotz dieser günstigen Konjunktur fällt nicht viel für die Arbeiter ab und hartnäckiger denn je stemmen sich die Unternehmer gegen jedwede Forderung der Arbeiterschaft.

Die Arbeiter haben sich hinsichtlich der Gewerbegerichte nie einer Täuschung hingegeben und haben daran gut gethan. Wie sehr begründet dieser Zweifel in die Objektivität der gelehrten Richter war, erhellt aus einem jüngst geschöpften Urtheil vor dem Wiener Gewerbegericht. Drei Arbeiter traten aus dem Dienst eines größeren Unternehmers und fanden bei Durchsicht ihrer Dokumente die unzulässigen Eintragungen: „Wegen Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit entlassen“ und „wegen Streiks entlassen“. Es unterliegt doch nicht dem geringsten Zweifel, daß die Arbeiter durch diese Eintragungen schwer geschädigt wurden, da sie begreiflicherweise mit diesen Urtheilen Arbeit andernwärts nicht erhielten. Die Arbeiter erhoben nun beim Gewerbegericht wegen Schadenersatz Klage, wurden aber abgewiesen. In der Urtheilsbegründung heißt es, daß durch die Eintragungen für die Kläger ein Schaden nicht erwachsen sei, außerdem seien dieselben den Arbeitern nicht hinderlich, anderwärts Arbeit zu bekommen. Zum Glück ist gegen diese Entscheidung der Rekurs möglich und wird dieses wahnwitzige Urtheil in höherer Instanz zweifelsohne aufgehoben werden müssen. Die Unternehmer, die bei Verkürzung der Gewerbegerichte Peter und Morio schreiben, werden, im Falle derartige Urtheile sich häufen, bald vollständig mit dem „Fortschritte“ auf diesem Gebiete ausgehöhlt sein.

Den Senfearbeitern droht eine ernste Gefahr. Die österreichische Senfindustrie hat einen Weltruf erlangt, an welchem die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter wahrlich nicht unschuldig sind. In zahlreichen Gebirgsstätern zerstreut liegen die einzelnen Senfwerke und sehr selten bringt etwas über die Lage dieser Arbeiterkategorie in die Öffentlichkeit. Diese Industrie wird hauptsächlich von kleineren und mittleren Gewerken betrieben und soll nun modernisiert und auf eine höhere Stufenleiter gebracht werden. Mit einem Worte: Aus den zahlreichen Betrieben soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, eine „Regelung“ der Produktion und eine Kontingierung der zu erzeugenden Senfen einreten. Der Spiritus-Hektor dieses Beginns ist der fatterbekannte Wittgenstein. Wenn der Plan zur Thatsache wird, so verlieren viele Arbeiter ihre Existenz, denn Wittgenstein ist der Mann, der um jeden Preis, mögen auch hunderte von Arbeitern darob zu Grunde gehen, die Rentabilität steigern wird. Auch in dieser Industrie vollzieht sich immer mehr und mehr die Konzentration der Betriebe und immer größer und unheimlicher gestaltet sich die Ausbeutung der Arbeiter. Die noch vielfach vorherrschenden patriarchalischen Verhältnisse waren ein Hindernis für die Organisation der Senfarbeiter, was jedoch nun langsam anders werden wird.

Die Sperre, welche in Folge der Maizeier seitens der Bieltiger Fabrikanten über die Metallarbeiter verhängt wurde, ist aufgehoben und haben die Ausgesperrten zum größten Theile am 15. Mai die Arbeit wieder aufnehmen können. — Im Eisenwerke zu Thösl in Steiermark sind Differenzen ausgebrochen und wird vor Zuzug dorthin gewarnt. — Die Metallarbeiter der Werkzeugfabrik Wink (Wien) haben nach achtägigem Ausstände eine 5prozentige Lohnhöhung erzielt. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich konnte nicht durchgeführt werden. — In den Werken der Alpinen Montangesellschaft gährt es unter der Arbeiterschaft sehr bedenklich, da stete Maßregelungen der Vertrauensleute erfolgen. Die Arbeiter feierten gegen den Willen der Leitung und fürchtet dieselbe die sich immer fräftiger entwickelnde Organisation der Hüttenarbeiter. Es macht den Eindruck, als ob die Gesellschaft zum Schlage ausholen wollte, um sich der Vereinerung der Arbeiter mit einem Wurf zu entledigen. Doch die Arbeiter bewahren bisher kaltes Blut und sind hoffentlich klug genug, auch in Zukunft sich nicht frühzeitig provozieren zu lassen. Auf alle Fälle jedoch möge der Zuzug von Metallarbeitern aller Fächer nach Steiermark ferngehalten werden.

Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes.

Stuttgart. Als vor einiger Zeit die Rohmaterialien für die Flaschnermeister etwas im Preise stiegen, da erklärten sie in den öffentlichen Zeitungen einfach dem Publikum: von dem und dem Tage ab erhöhen wir den Preis unserer Arbeiten um zehn Prozent. Jetzt, wo ihre Gehilfen in Folge der Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel einmal wegen einer Verbesserung ihrer Lage an ihre Meister herantreten, lassen sie dieselben einfach abfahren, ohne daran zu denken, daß die Gehilfen genau so das Recht haben, für sich zu sorgen, wie dies die Herren Meister immer gethan haben. Trotzdem es leicht möglich gewesen wäre, ohne Schädigung des Gewerbes die Forderungen der Gehilfen anzuerkennen, lehnten die Meister jede vernünftige Prüfung ab und zwangen damit ihre Gehilfen zu dem äußersten Schritte. 145 Flaschnergehilfen legten die Arbeit nieder. Von diesen sind bereits 53 Mann anderwärts in Arbeit getreten, so daß die hiesigen Meister schon eine große Zahl tüchtiger Gehilfen verloren haben. Das in den öffentlichen Blättern mit so großer Reflektation losgelassene Interat, worin 150 Flaschnergehilfen gesucht werden, war ohne jeden Erfolg. So sind die Herren nun gezwungen, nach berühmten Mustern, sich an ihre Kollegen zu wenden, um den Gehilfen auf andere Weise zu schaden. Sie verschanden ein Zirkular, dem wir Folgendes entnehmen:

„Verbandskollegen!

Am 23. Mai traten die Gesellen der Stuttgarter Meisterchaft in Folge Nichtbewilligung der von denselben gestellten Forderungen in den Streik ein. Die von der Lohnkommission der Flaschnergehilfen aufgestellten Forderungen waren im Wesentlichen: 9 stündige Arbeitszeit, sowie eine Erhöhung der bestehenden Löhne um 20 Prozent. Kollegen! Unserer organisierten Arbeiterschaft gegenüber

sieht geschlossen die Stuttgarter Maschinenmeistergenossenschaft, die unter allen Umständen gezwungen und willens ist, den gegen sie geführten Vorstoß energisch zurückzuweisen. Die Verhältnisse bei uns liegen derart, daß wir nicht als die Ersten im ganzen Baugewerbe die 9stündige Arbeitszeit einführen können und andererseits — das weiß Jeder von uns — sind in unserem Gewerbe ganz wohl 10 Stunden auszuhalten, die eigentliche Arbeitszeit wird, wenn wir die verschiedenen Gänge abrechnen, nicht über 9 Stunden betragen.

Kollegen, was liegt nun näher, als daß wir uns an Euch wenden, Ihr möget uns in diesem Kampfe Aller gegen Alle unterstützen, indem Ihr

- I. Keinen Gesellen in Eure Werkstatt einstellt, der in Stuttgart in Folge des Streiks ausgetreten ist oder entlassen wurde.
- II. Keiner von Euch eine Arbeit in Stuttgart oder dessen Vororten ausführen, mögen die Chancen noch so günstig für Euch liegen.
- III. Sehen wir gerne, wenn uns der eine oder andere Kollege dadurch unterstützen würde, wenn er kleinere Stückerarbeiten für uns übernehmen oder eb. mit entbehrlichen Arbeitskräften an die Hand gehen würde.

Werden wir von unseren Verbandskollegen thätig unterstützt, so ist die Aussicht auf einen vollständigen Erfolg der Stuttgarter Meisterei vorerhanden; bei jeder ferneren Gelegenheit werden unsere Kollegen draußen ebenfalls einen kräftigen Rückhalt an uns haben.

Kollegen, dies die Wünsche der Stuttgarter Maschinenmeistergenossenschaft. Von dem ehrlichen Willen unserer Verbandskollegen erwarten wir, daß sie sich — um dieses Schlagwort der Streiklistigen zu gebrauchen — solidarisch mit uns erklären, um so gemeinsam Forderungen zurückzuweisen, die mehr denn je, gegenwärtig unerfüllbar sind!

Mit Gruß und Handschlag
im Auftrag der Maschinenmeistergenossenschaft Stuttgart
Eduard Wötter, Verbandsvorsitzender.

Also auch hier die mit Zuchthaus bedrohte direkte Aufforderung zur Verhinderung Arbeitswilliger an der Arbeit! Dann enthält das Zirkular eine direkte Unwahrheit, die Gehilfen sollen nur die 9stündige Arbeitszeit und eine 15prozentige Lohnerhöhung. Aber die Herren wollen eben gar nichts bewilligen und nicht einsehen, daß sie ihren Gehilfen auch das Recht einräumen müssen, bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden. Mögen sie das lernen; wenn's nicht anders geht, muß sich eben auch bei ihnen das Wort bewahren: durch Schaden wird man klug.

Mittheilungen aus der Metall-Industrie.

Die Solinger Schneidzeugindustrie hat erheblich zu leiden unter der neuesten amerikanischen Zollgesetzgebung. Der neueste Jahresbericht der Solinger Handelskammer sagt darüber: „Der Entwurf der Dingleybill, der im Frühjahr 1897 bekannt wurde, hatte an Stelle des früheren Zollfußes von etwa 50 Prozent für „Meißer“ eine Erhöhung bis zu 335 Proz. des Marktwertes, für einzelne Sorten „Scheeren“ eine solche von 45 auf 225 Proz. vorgesehen. Zwar wurden diese Sätze später bei der Beratung und Annahme des Gesetzes im Repräsentantenhause ermäßigt, immerhin war aber die Zollerschöpfung noch so beträchtlich, daß sie die heimische Schneidwarenindustrie, die vornehmlich auf das Exportgeschäft angewiesen ist, schwer treffen und einen bedeutenden Rückgang der Exportziffern nach den Vereinigten Staaten zur Folge haben mußte. Beispielsweise sei hier angeführt, daß nach der Ausfuhrstatistik des hiesigen amerikanischen Bizekonjulsats Solingen im dritten Vierteljahr 1896 noch für 1,436,000 M. Messerschmiedewaren zur Ausfuhr brachte; während derselben Zeit des Jahres 1897 ist die Ziffer auf 390,403 M. herabgesunken, was eine Differenz von 1,046,697 M. = 267 Proz. bedeutet. Wenn man aber auch diese Ziffern mit einiger Vorsicht wird aufnehmen müssen und ihnen eine allzu große Beweiskraft nicht beilegen kann, da in ihnen zum Theil nur die Reaktion auf die wesentlich vermehrte Einfuhr vor dem Inkrafttreten der Bill zum Ausdruck gelangt. So bestätigen doch die Ausfuhrziffern für das vierte Vierteljahr 1897 und das erste und zweite Vierteljahr 1898 die verhängnisvollen Wirkungen des neuen Zollgesetzes auf das nachdrücklichste.“ Diese Vorgänge lehren uns, wie notwendig es ist, daß sich auch die Arbeitererschaft intensiv mit der handelspolitischen Gesetzgebung vertraut macht.

Fortgesetzte Preiserhöhungen werden gemeldet von den Unternehmerverbänden der deutschen Metallindustrie. Die Gießereien, Maschinenfabriken, Drahtblechwerke, Walzwerke, Zinn- und Kupferfabriken, alle schrauben sie allmählich ihre Preise höher und dank der guten Konjunktur und der starken Organisation der Kapitalisten vermögen sie ihren Gewinn enorm zu steigern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Fabrikherren ihren Arbeitern gütwillig auch nicht einen Pfennig Lohn zulegen. Hier müssen die Metallarbeiter mit starken Organisationen einsetzen, sonst geht der überbolle Freudenbesitz der flotten Zeit an ihnen vorüber.

Elektrische Bahnen und Beleuchtungsanlagen haben gegenwärtig 77 deutsche Städte. Die gesamte Geleislänge beträgt 1939 Kilometer. 3190 Motor- und 2128 Anhängewagen waren in Betrieb. Besonders die schlesischen und rheinisch-westfälischen Industriebezirke sind von elektrischen Bahnen stark durchzogen. Das Bahnnetz breitet sich immer weiter aus. Daher erfreuen sich die elektro-technischen Werke guter Beschäftigung.

Riesenhafte Kapitalistenverbände weiß die amerikanische Metallindustrie auf. Allein der National Steel & Comp. Trust hat ein Kapital von 150 Millionen Dollar (Dollar = 4,25 M.). Wie „Pittsburg Dispatch“ mittheilt, verfügen die genannten Eisen- und Stahltrusts Nordamerikas über 360 Millionen Dollars! Wie weit die Beherrschung des Volkes durch die Milliardäre in den Trusts geht, schildert die oben genannte Zeitung, wenn sie schreibt: „Alles was wir brauchen, alles was wir essen, die Einrichtung unserer Häuser, fast sogar die Luft, die wir athmen, alles dies wird durch eine monopolistische Anbahnung des Kapitals beherrscht.“ Bemerkenswerth ist, daß Nordamerika ein Anti-Trustgesetz hat. Man sieht, was willkürlich erlassene Gesetze gegen die ökonomische Entwicklung ausrichten können. Im März 1899 repräsentierten die nordamerikanischen Trusts ein Kapital von 5118 Millionen Dollar. Schon werden Stimmen laut,

welche vor der schwindelhaften Gründung besonders von Eisen-trusts warnen.

Die Kupferproduktion der Welt belief sich 1898 auf 424,416 Tonnen. Davon kommen 234,271 Tonnen allein auf die Verein. Staaten von Nord-Amerika. Deutschland produzierte 20,000, Japan 25,000, Spanien-Portugal 53,225, Chile-Mexiko 36,000, Australien 18,000, Kanada 8,040 Tonnen. Wären Mexiko und Chile besser verwaltet, dann würden sie an erster Stelle in der Kupfererzeugung stehen. Heute ist es Nordamerika, welches durch ein Kupfer-Syndikat der Welt die Kupferpreise diktiert könnte. Bisher ist das Syndikat noch nicht zu Stande gekommen. Auf dem Londoner Markt ist Kupfer pro Tonne um 100 M. theurer geworden seit Mitte April.

Droht Eisennoth? Diese Frage werfen die metallurgischen Fachschriften immer dringender auf. Aus dem englischen Schiffsbau wird ein enormes Unschwappen der Baukosten berichtet. Ein Schiff, welches vor wenigen Jahren noch 30,000 Pfund Sterling (600,000 M.) kostete, beansprucht heute in Folge der Preissteigerung für Rohmaterial 40,000 Pfund Sterling. Britische Rohisenfirmen schlossen ihre Walzwerke und verkauften ihr Roheisen, da hier ein größerer Gewinn zu erzielen war. Die 70 Millionen Tonnen Eisenerz, welche 1898 in der ganzen Welt gefördert wurden, brachten etwa 35 Millionen Tonnen Eisen, aber sie langten nicht. Amerika brauchte seine 11 1/4 Millionen Tonnen selbst auf. Thatsächlich ist heute also das Eisen knapp, wie auch in den Vorrantlagern englische Spekulanten große Vorräthe aufspeicherten, um durch sie auf die Preise zu drücken. Dies wird ihnen schwerlich gelingen. Man hofft nur, daß die fortgesetzte internationale Steigerung der Eisenpreise auf den Konsum einschränkend wirkt und so das Gleichgewicht zwischen Bedarf und Erzeugung wieder hergestellt wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Bekanntmachung.

Einem sowohl von der letzten Generalversammlung als auch von verschiedenen Verwaltungsstellen geäußertem Wunsche Rechnung tragend, beabsichtigt der Vorstand die Herausgabe einer Aufklärungsschrift: **Die Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband**, die von den Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten den Mitgliedern gratis zugestellt werden soll. Wir ersuchen daher die Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten, die eine derartige Schrift in ihren Verwaltungsstellen zur Vertheilung bringen wollen, ihre Bestellungen auf dieselbe sofort nach hier aufzugeben.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:
Nr.
82638 des Formers Oskar Schönberg, geb. zu Keula am 30. Juli 1870.
109359 des Stimmenmachers Paul Glas, geb. zu Unterachenberg am 6. Juli 1866.
142207 des Formers Franz Quiesert, geb. zu Keula am 6. Oktober 1871.
153305 des Klempners Josef Mayer, geb. zu Paderborn am 8. Juni 1876.
162360 des Schlossers Karl Guckenbiehl, geb. zu Kaiserslautern am 21. Juni 1880.
252939 des Schlossers Karl Fricke, geb. zu Dessau am 14. Mai 1879.
264350 des Spenglers Sigmund Stern, geb. zu Frauenkirchen am 24. Mai 1879.

- Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:
auf Antrag der Verwaltungsstelle Schnigling-Doos: der Former Joh. Geißler, geb. zu Nürnberg am 24. Okt. 1875, B. Nr. 286963;
der Former Johann Holland, geb. zu Markt Bruck am 1. März 1878, B. Nr. 270808, wegen Streikbruch;
auf Antrag der Verwaltungsstelle Weissenau: der ? Albert Widlauß, geb. zu Weissenau am 23. November 1872, B. Nr. 276760, wegen verschiedener verübter Schwindeleien;
auf Antrag der Verwaltungsstelle Landskron: der Spängler Othmar Kalbe, geb. zu Gotha am 7. Februar 1862, B. Nr. 243656, wegen fortgesetzter Alfordpreisdrückerei;
auf Antrag der Verwaltungsstelle Neustadt a. S.: der Spengler Friedr. Sonnenschild, geb. zu Karlsruhe am 17. Febr. 1876, B. Nr. 279446, wegen Demunziation.

Der Unterkassier Schlosser Wilhelm Lüneburg, geb. zu Schneckenburg am 18. Januar 1879, B. Nr. 168 816, ist mit M 34.80 für Beitragsmarken ohne Abrechnung zu legen verschmunden; er wird hierdurch zur Rechnungslegung an die Verwaltung in Hainholz aufgefordert, andernfalls sein Ausschluß erfolgt.

Der Schlosser Karl Schod, geb. zu Sulgries am 30. März 1881, eingetreten am 20. Februar 1899 in Eslingen, wird aufgefordert, sich schriftlich beim Vorstand wegen eines ihm zur Last gelegten Diebstahls zu rechtfertigen, andernfalls sein Ausschluß aus dem Verband erfolgt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Heckerstraße 160II**, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Klempner.

München. Der Streik bei Schneider, Türkenstraße, ist beendet, nachdem die gestellten Forderungen bewilligt wurden. Von allgemeinem Interesse wäre noch mitzutheilen, in welcher Weise Herr Schneider mit den Anwerben von Arbeitswilligen hier eingegangen ist. Ein früher hier als Werkmeister thätiger, am Streik von 1889 als Arbeitswilliger bekannte Herr Joh. Jachsch, der zuletzt in Wien arbeitete, erhielt von Sch. den Auftrag, die Arbeit am Neuban des Kurhauses in Reichenhall, wo ebenfalls 4 Kollegen die Arbeit niederlegten, mit 6 aus Wien mitzunehmenden Arbeitern fertig zu machen. Dieser Herr kam der Aufforderung sofort nach, stellte am dortigen städtischen Arbeitsamt 6 Kollegen ein und versprach denselben im Auftrage Sch.'s Löhne von 5-8 M. pro Tag. Die Kollegen, von dem glänzenden Arbeitsangebot doch etwas stutzig gemacht, erklärten ihrem Anwerber ausdrücklich, daß wenn etwa in dem Geschaft von Sch. Differenzen beständen, sie nicht mitfahren würden. Es wurde ihnen jedoch die Versicherung gegeben, daß sie ruhig hinfahren können, da nichts vorliegt, insbesondere an einen ausgedehnten Streik nicht zu denken sei, die lediglich Arbeitermangel vorhanden, weshalb Sch. genöthigt sei, von Auswärts Arbeiter heranzuziehen. Die Kollegen traten die Fahrt in Begleitung J.'s an, erhielten Vorhänge bis zu 20 M. in Reichenhall wurden dieselben von Sch. in eigener Person am Bahnhof empfangen; von unseren ebenfalls anwesenden Streikposten wurden sie aber bald darauf von dem wahren Sachverhalt unterrichtet und erklärten sich sofort mit den Ausständigen solidarisch, indem sie die Aufnahme der Arbeit verweigerten und J. auf seine Zusage in Wien aufmerksam machten, sowie daß sie als organisierte Kollegen es mit ihrer Ehre nicht vereinbaren können, den Ausständigen in den Rücken zu fallen. Sie fuhren dann hieher, machten an den vorher schon zurückgekehrten Herrn Sch. ihre Entschuldigungsansprüche geltend, der sich nun wohl oder übel herbeilassen mußte, eine Entschädigung von nochmals je 20 M. zu gewähren, ebenso das Fahrgebid. Zwei Kollegen reisten sofort wieder nach Wien ab. Es ist hieraus zu ersehen, daß das Anwerben von Arbeitswilligen Herrn Sch. ziemlich theuer zu stehen kam; doch hat er sich auf diese Aktion hin sofort zu Unterhandlungen bereit erklärt und die Forderungen genehmigt, ebenso auch schriftlich zugestanden, daß der Arbeitswillige Jachsch entlassen wird. Nur den Obmann der Lohnkommission stellte Sch. nicht mehr ein, er glaubte zu dieser Maßnahme deshalb berechtigt zu sein, weil er ja auch seinem Klausreißer Jachsch den Laufpaß geben und den in den sog. ordnungsliebenden Zeitungen heruntergesetzten, angeblich entlassenen Vorarbeiter, der bis jetzt in Reichenhall beschäftigt war, wieder einstellen mußte. Der Obmann der Lohnkommission, Kollege Sasinger, hat indeß, nachdem die Beilegung des Streiks nur noch von seiner Person abhing, sofort auf seine Wiedereinstellung verzichtet; er ist bereits anderweitig in Arbeit getreten. Die von der Spenglergenossenschaft zur Einführung bestimmte Werkstattordnung wurde nunmehr zurückgezogen. Wenn auch das Errungene beim Streik bei Sch. in Bezug auf die in anderen Werkstätten beschäftigten Kollegen keine direkte Erhöhung ihres Verdienstes mit sich bringt, so lehrt der Zustand doch deutlich genug, daß es uns nur durch die Zugehörigkeit zu unserer Organisation möglich war, den Vorstoß der Spenglergenossenschaft, deren Vorstand Sch. ist, gebührend zurückzuweisen, denn das wird zugegeben werden müssen, daß bei einer eventuellen Niederlage die Kollegen von den Meistern mit Lohnreduktionen und nicht in letzter Linie mit der Einführung der früheren 10stündigen, statt der gegenwärtigen 9stündigen Arbeitszeit bedacht worden wären. Darum, Kollegen, rufen wir Euch zu: Auf zur Organisation, sorgt dafür, daß es Euch kraft der Zugehörigkeit zum M.-V. möglich ist, günstigere Arbeits- und Existenzbedingungen herbeizuführen; legt alles Persönliche bei Seite und lernt erkennen, daß wir nur einem gemeinsamen Feind gegenüberstehen, nämlich dem organisierten Unternehmertum. — Da noch in einigen Werkstätten in Bezug auf Einführung einer einheitlichen Arbeitszeit Regelungen vorgenommen werden müssen, wird dringend eruchtet, den Bezug von Spenglern nach München bis auf Weiteres fernzuhalten. — Die Adresse unseres Kassiers ist jetzt: M. Salzner, Bindmühlstraße 44 p.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Da in letzter Zeit die brieflichen Anfragen auswärtiger Kollegen nach Arbeitsgelegenheit in Berlin sich bedenklich vermehren, so machen wir wiederum darauf aufmerksam, daß wir alle derartigen Anfragen grundsätzlich nicht beantworten, und bemerken zugleich, daß Berlin augenblicklich in der Eisenindustrie mit Arbeitskräften förmlich überfluthet ist.

Berlin. Der D. M. V. hielt am 16. Mai eine ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Rentand den Kassenbericht für das I. Quartal vom 1. Januar bis 31. März 1899. Einnahmen M 30,879,95, die Ausgaben vertheilen sich wie folgt: Heisegel M 173,56, Rechtschutz M 131,34, Streitunterstützung „ 1505,50, Unterstüßungen M 290, für außerordentliche Agitation in den Provinzen Brandenburg und Pommern M 1000, an die Hauptkassie eingekauft „ 2020, Lokalausgaben der Verwaltungsstelle 6014,66, in Summa M 11,135,06, verblieb ein Bestand von M 19,744,89. Hierzu der Bestand vom 4. Quartal 1898, ergab einen Gesamtbestand von M 99,222,25. Der Hauptkassie sind zu überweisen M 11,438,78. Nach den Berechnungen des Hauptvorstandes, 10 Wochenbeiträge pro Quartal, beträgt die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle Berlin 14,162 Personen. Die Revisionen erklärten, Kasse, Bücher und sämtliche Beläge geprüft und in Ordnung befunden zu haben. Auf Antrag wurde der Rentand entlassen. Alsdann erstattete Märker Bericht von der Generalversammlung in Halle a. S. Derselbe führte aus, daß auf denselben Beschlüsse von außerordentlicher Tragweite gefaßt seien, welche den weiteren Ausbau der Organisation fördern sollen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sei mit 108 gegen 29 Stimmen beschlossen worden. Dieser Beschluß bedeuete einen Wendepunkt in der Metallarbeiterbewegung. Die Unterstützung der Arbeitslosen erfordert selbstverständlich größere Mittel, die Generalversammlung beschloß deshalb einstimmig,

den wöchentlichen Beitrag vom 1. Juli d. J. ab von 20 auf 30 \mathcal{A} für männliche und von 5 auf 10 \mathcal{A} für weibliche Mitglieder zu erhöhen. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt vom 1. Juli 1900 ab, jedes Mitglied hat eine Karenzzeit von 52 Wochen durchzumachen. Bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung kommt alsdann die ganze bisherige Mitgliedschaftsbauer in Anrechnung, so daß alsdann derjenige, welcher am 1. Juli 1900 dem Verbands fünf Jahre angehört, den vorläufigen Höchstbetrag von 10 \mathcal{M} pro Woche erhalten würde. Des Weiteren sei beschlossen worden, die Streikunterstützung um 2 \mathcal{M} pro Woche zu erhöhen, der bisherige Satz der Streikunterstützung genügt nicht, insbesondere machte sich dies in den größeren Städten bemerkbar. Des Weiteren berichtete Räther über die Stellung zum Zentralverein der Formier; es seien Schritte eingeleitet, um eine Verständigung herbeizuführen. Betreffs Erhöhung der Beamtgehälter, so führte Räther aus, beziehe sich diese nur auf die drei Beamtenden des Hauptvorstandes. Bezüglich Pensionierung der Beamten sei der Vorstand beauftragt, der nächsten Generalversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, welche bezwecke, eine Versicherung der für den Verband thätigen Personen gegen Unfälle in Folge dieser Tätigkeit, ferner für eventuelle Pensionierung der Verbandsbeamten bei eintretender dauernder körperlicher Unfähigkeit derselben, ihren Posten weiter zu besetzen, zu schaffen. Räther bemerkte hierzu, daß es nötig sei, in dieser Sache etwas zu thun, es wird vielleicht möglich sein, die Beamten bei einer Privatversicherungs-gesellschaft einzukaufen zu können; auch auf dem Gewerblichkeitskongreß sei die Frage eingehend behandelt. Bebauertlich sei, daß es eine Reihe von Kollegen in Berlin gibt, welche nicht einsehen wollen, daß die von ihnen angestellten Beamten versichert werden müssen. Wenn ein Unternehmer seine Arbeiter, welche Jahrzehnte bei ihm thätig gewesen, entläßt, weil ihm diese nichts mehr leisten können, dann nennt man diese Handlungsweise unmenschlich und brutal. In derselben Weise glauben einige Kollegen verfahren zu müssen, sie stellen sich genau auf den Standpunkt solcher Unternehmer. Weiter berichtete Räther, daß zur Deckung außerordentlicher örtlicher Verhältnisse Ertragsbeiträge erhoben werden können. Bezüglich der Abrechnung mit dem Hauptvorstand habe die Verwaltungsstelle Berlin vom 1. Juli ab in derselben Weise abzurechnen wie alle anderen Verwaltungen. Es würden also in Zukunft nur 20 Prozent der Einnahmen am Orte verbleiben. Sämtliche bisher von der Verwaltung Berlin bestrittenen Ausgaben, Streikunterstützung, Rechtschutz, Unterstützung nach § 2c, Zeitungen würden alsdann von der Hauptkasse zu tragen sein. Zum Schluß seines Berichtes gibt Räther der Hoffnung Ausdruck, daß den Beschlüssen der Generalversammlung von allen Kollegen zur Durchführung verholfen werde und daß sie zum Wohle des Verbandes beitragen mögen und der Mitgliederstand ein stabilerer werde. An den Bericht schloß sich eine längere, sehr sachlich geführte Diskussion, an der sich Pawlowitsch, Köstlin, Cohen, Wiewershal und Büchner beteiligten. Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung waren sämtliche Redner mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden. Pawlowitsch bemängelt, daß die Minorität auf der Generalversammlung unvertreten gewesen ist. Er wünscht, daß das Proportionalwahlrecht bei Delegirtenwahlen zur Geltung gelange und eine dahingehende Aenderung bei nächster Generalversammlung beantragt werde. Weiter wünschte er, um Kosten zu sparen, daß man den Delegirten mehrere Mandate übertragen könne. Bezüglich Erhöhung der Diäten rügen Büchner und Pawlowitsch, daß sich die Delegirten dieselben selbst bewilligt haben und zwar mit rückwirkender Kraft, auch halten sie die Diäten für zu hoch bemessen. Von Köstlin und Cohen wurde dem entgegengehalten, daß die Diäten keineswegs zu hoch seien, wenn man den entgangenen Arbeitsverdienst von 5 bis 6 \mathcal{M} und die Logiskosten in Halle in Betracht ziehen würde. Räther bemerkt, daß die Kosten der Generalversammlung nur 1 Prozent, also pro Kopf und Jahr 10 \mathcal{A} betragen. Von horrenden Kosten könne also doch wohl keine Rede sein. Nach Schluß der Diskussion wurde beschlossen, daß die unerledigten Punkte der Generalversammlung auf einer in kürzester Zeit einzuberufenden Versammlung verhandelt werden sollen. Folgende Resolution wurde gegen 1 Stimme angenommen: „Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den in Halle gefaßten Beschlüssen und erwartet, daß jedes Mitglied für deren Durchführung eintritt.“

Dülken (Rheinl.) Seit Längem herrschen in Dülken für die Metallarbeiter sehr verbesserungsbedürftige Verhältnisse und vor Allem bei der Firma Felix Lennar, Webstuhlfabrik. Dort wurden Stundenlöhne gezahlt für die Dreher von 11—28 \mathcal{A} ; von den Affordhären wurde von Zeit zu Zeit immer abgezogen, das letzte Mal sogar 33 1/2 Proz. Zum Afford wird dort durchschnittlich (wir wollen der Firma nicht Unrecht thun und die Sätze zu niedrig angeben) 30 bis 36 \mathcal{M} in 14 Tagen verdient, bei 11 Stunden Arbeitszeit. Die dort beschäftigten Formier müßten überhaupt nicht, wie die Affordhären sind, sie bekamen alle 14 Tage zu ihrem Lohn einen Affordzuschlag, den der Meister festsetzte. Durch die Arbeiterbewegung veranlaßt, suchten sich die Metallarbeiter Dülkens ebenfalls zu organisieren, es sind dort jetzt 130 Kollegen Mitglieder unseres Verbandes, die unter der Verwaltung der Vertrauensleute des Niederrheinischen Industriebezirks stehen. Es wurde dort absichtlich noch keine Verwaltungsstelle gegründet, um sie nicht der Gefahr auszusetzen, durch Maßregelungen wieder vernichtet zu werden. In einigen Versammlungen besprach man auch die schlechtesten Verhältnisse der Dülkener Arbeiter, die Kollegen wollten versuchen, auf gutlichem Wege etwas zu erreichen. Laut Statut konnten sie in eine Bewegung nicht eintreten, weil sie meinten noch nicht die vorgeschriebene Karenzzeit hinter sich haben, auch hatten sie nicht die Absicht dazu. Deshalb wollten sie am Dienstag, den 16. Mai Morgens bei 5. Lennar vorstellig werden und mittheilen, daß sie nicht freitren wollten (dies war die Meinung der Firma), sondern in Güte versuchen wollten, etwas mehr Lohn zu erhalten oder die lange Arbeitszeit etwas zu verfürzen, weil die Lebensmittel sich vertehert hätten und bei einer Konkurrenzfirma in Krefeld durchschnittlich 1/2 mehr bezahlt wird bei 10stündiger Arbeitszeit (wobei diese Firma die Werkstücke \mathcal{M} 50 billiger liefert). Als die Kommission auf's Komptoir kam, wurden sie hinausgejagt mit den Worten: „Dort ist das Loch für Euch!“ Die Leute gingen in die Bade, da kam der junge Herr Lennar: „Alles herrens, nichts als herrens!“ So wurden 21 Dreher hinausgeworfen. Nachmittags schrieben dieselben einen Brief und

erwählten, die Firma möge mit der Kommission in Unterhandlung treten; es erfolgte keine Antwort. Am Abend war einer der Vertrauensleute dort und wurden auf dessen Verlangen nochmals 2 Mann vorstellig, ob die Firma die Sache in Güte beilegen wolle. Da hatte man schon Angst, weil die Formier auch schon lebendig wurden und sagte Herr Lennar: Die Arbeiter sollten vergessen, daß er sie hinausgejagt hätte, er habe Geburtstag gehabt und sei aufgeregter gewesen, aber 11 Stunden müße gearbeitet werden, auch könne er nicht mehr bezahlen. — Am 20. Mai beschäftigte sich eine gut besuchte Versammlung der Metallarbeiter Dülkens mit der Maßregelung. Kollege Spiegel hatte das Referat übernommen. Der Referent führte an, daß die Maßregelung wahrscheinlich nur, um unsere Organisation dort zu vernichten, vorgenommen werde. Von Seiten der Firma war ja auch schon die Bemerkung gefallen, daß die Rädelstührer zu geeigneter Zeit entlassen würden. Redner geistete scharf das Vorgehen der Unternehmer und wurde in seinen Ausführungen oft durch lebhaften Beifall unterbrochen. An der Diskussion beteiligten sich zwei Kollegen im Sinne des Referenten und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt, daß die Maßregelung der Dreher zu verurtheilen ist und verpflichtet die Versammlung, die Ausgesperrten moralisch und finanziell zu unterstützen, damit den Arbeitern zum Siege verholfen werde; ferner erkennt die Versammlung die Forderungen auf 20 Proz. Affordhöhung und 10stündige Arbeitszeit als gerecht an.“ Am 23. Mai reichten die übrigen Dreher und 46 Formier, sämmtlich Mitglieder unseres Verbandes, die Kündigung ein und machten die Forderungen der Ausgesperrten zu den übrigen; erklärten aber, daß sie zu jeder Zeit nebst einem Vertreter des Verbandes zu Unterhandlungen bereit seien. Am Dienstag Nachmittag begannen die Verhandlungen und bis Mittwoch Mittag war der Friede unter folgenden Bedingungen geschlossen: 10stündige Arbeitszeit bei demselben Tagesverdienst wie früher; 10proz. Affordhöhung, Auszahlung eines Affordtarifs, Einführung von Lohnzetteln, Anerkennung eines Arbeiterausschusses; innerhalb zwei Jahren darf keine Maßregelungen vorkommen, und: vorstehende Bedingungen sind für beide Theile auf zwei Jahre bindend. Am 26. Mai wird die Arbeit von den Drehern wieder aufgenommen und ziehen die Formier ihre Kündigung zurück. In einer Versammlung am 24. Mai, am Tage des Friedensschlusses, wurde das Resultat der Verhandlungen unter lebhaftem Beifall der zahlreich anwesenden Arbeiter und Bürger bekannt gegeben, auch wurde den Vertrauensleuten des Niederheins für ihr thätkräftiges Eingreifen gedankt. Darauf wurde vom Vertrauensmann der Appell an die Kollegen erlassen, sich immer musterhaft zu führen, damit man unserer Organisation nichts Nachtheiliges nachsagen könne, ferner ermahnte er noch zum festen Zusammenhalten, damit das Erreungene uns nicht wieder genommen werde. In kurzer Zeit wurde auch eine Verwaltungsstelle hier errichtet werden, wie noch keine im Rheinland gegründet worden sei, denn bis jetzt seien ungefähr 270 Mitglieder am Orte. Nun, Kollegen, noch eins: jetzund wir hier Mitglieder haben, sind wir von den Vertrauensleuten nach besten Kräften unterstützt worden, sie standen uns mit Rath und That stets zur Seite, zeigen wir ihnen jetzt auch, daß wir unsere Pflicht thun wollen, sei ein Jeder von uns auf dem Pafsen, besuche Jeder von uns die Versammlungen, damit wir eine kräftige, lebensfähige Organisation behalten, denn dies ist dann der schönste Lohn für die Arbeit, die wir gehabt haben.

Durlach. In der Mitgliederversammlung, in welcher der Delegirte Flohr Bericht über die Generalversammlung erstattete, erklärten sich sämtliche Kollegen damit einverstanden, trotz Annahme der Arbeitslosenunterstützung. Nur wegen des Uebergangs zur Tagesordnung über die Anträge auf Urahrimmung wurde Protest erhoben, da die beliebige Behandlung dem demokratischen Prinzip vollständig zuwiderläuft. Es wurde von mehreren Kollegen geltend gemacht, daß bei Annahme der Urahrimmung die Arbeitslosenunterstützung mit besserem Erfolg hätte eingeführt werden können. — Ueber die hiesigen Verhältnisse, welche sehr viel zu wünschen übrig lassen, ein and. Mal.

Griesheim a. Rh. In der am 17. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung referirte Kollege Mahatsh-Berlin über die Beschlüsse der Generalversammlung in Halle und ihre Bedeutung für die Zukunft. Redner legte die Vortheile der Arbeitslosenunterstützung für den Verband in sehr sachlicher Weise dar. In der sehr lebhaften Diskussion wurde auch von verschiedenen Kollegen zugegeben, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus tatsächlichen Gründen eventuelle Vortheile, wenn auch keine wesentlichen unserer Organisation bringen könne. Hauptächlich wurde den Kollegen ans Herz gelegt, weil die hiesige Zahlstelle auf Seite der Opposition gestanden hat, und auf der Generalversammlung in der bejammelnd kleinen Minorität blieb, doch nicht, wie schon einige Kollegen gethan haben, dem Verband den Rücken zu kehren, und nicht, wie ein Kind, wenn es seinen Willen nicht durchsetzt, schreiend in eine Ecke zu kriechen. Denn die Hauptsache bleibt doch — ob mit oder ohne Arbeitslosenunterstützung —, daß wir unsere Reichen stärken, um weitere Streiter für unsere Sache zu gewinnen und nicht auf halbem Wege stehen bleiben.

Halle a. S. Die Gründe, warum in Halle mit unserer Organisation bisher kein Fortschritt zu verzeichnen war, sind folgende: 12—14 stündige Arbeitszeit, die Lauthheit der Verbandskollegen; der Hauptgrund aber war das Befehlen von nach 8 verschiedenen Organisationen und Vereinen. In der Versammlung des Vereins der Schlosser und Dreher und verwandten Berufsgenossen am 29. April wurde nun mit großer Majorität der Antrag angenommen, genannten Verein aufzulösen und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (Allgemeine Section) anzuschließen. Es ist dieser Beschluß von am so größerer Bedeutung, weil der Schlosserverein die stärkste Lokalsorganisation am Platze war (circa 300 Mitglieder). Von den kleineren werden in nächster Zeit noch einige nachfolgen. Dadurch wird es in Zukunft leichter sein, die indifferenteren Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Wir glauben in nächster Zeit berichten zu können, welche weiteren Fortschritte die Bewegung hier am Platze macht und machen wird.

Sohrenstein-Gräfthal. Am 19. Mai fand auf der Höhe „Hohemstein-Gräfthal“ eine Nadelmacher-Versammlung statt, in welcher Kollege Hob. Kranke über die neuesten Vorgänge in unserer Branche, sowie über die Arbeitslosenunter-

stützung referirte; seinen Ausführungen wurde lebhafter Beifall gezollt. In der darauf folgenden Diskussion, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen: Sobald seitens der Fabrikanten eine Lohnreduktion angekünndigt wird, ist eine 10proz. Lohnerhöhung zu fordern, für Ueberstunden werden 25, für Sonntagarbeit 50 Proz. Zuschlag verlangt. In jeder Werkstatt ist ein Lohnarif auszuhängen, damit jeder Kollege weiß, was er für seine Arbeit bekommt und die Fabrikanten nicht in der Lage sind, die Löhne heimlich zu reduzieren, wenn ein neuer Gehilfe eingestellt wird. Diese Forderungen sind strikte durchzuführen. — Folgende weitere Resolution fand ebenfalls Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden und verpflichtet, auch unter den neuen Verhältnissen dem Verbands treu zu bleiben und für denselben thätkräftig zu agitieren.“ Nach einem kräftigen Schlussworte des Referenten fand die leider sehr schwach besuchte Versammlung ihr Ende. Zum Schluß möchten wir aber doch die Hohenstein- und Rungwitzer Kollegen, gleichviel ob Wirt- oder Strickmaschinenmadelmacher, in ihrem eigenen Interesse bitten, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen.

Sorn. Mitglieder-Versammlung vom 15. Mai. Schulz berichtete in ausführlicher Weise über die Beschlüsse der Generalversammlung in Halle. Worsche, Brückner, Stammer und Hunger sprachen gegen die Bewilligung der hohen Diäten, da nach ihrer Ansicht die Delegirten kein Recht dazu hätten, sich Geld in ihre eigenen Taschen zu bewilligen. — In's Festkomitee zum Sommerbergnügen wurden Brückner, Schaarschmidt, Worsche, Hunger, Stammer, Hillisch, Plambek, Guttschmidt, Postelmann, Putsch, Krebs und Raast gewählt. — Ferner wurde das unerhörte Verhalten des Drehers Chr. Viebau wegen der Maiseier von Hunger, Brückner und Stamm scharf kritisiert. Selbige führten etwa Folgendes aus: Viebau hatte erklärt, er wolle nicht mitfeiern. Wir arbeiteten zufällig bei einem Tagesverdienst von \mathcal{M} 7,20. L. sagte, \mathcal{M} 7,20 haben und nicht haben sind \mathcal{M} 14,40 Unterschied. Da wurde ihm bedeutet, daß die Maiseier doch nicht nur für Diejenigen ist, die \mathcal{M} 3 und weniger verdienen, weil da der Schaden nicht so groß ist. Schließlich erklärte er, mitzufeiern, wenn wir die Arbeit ruhen lassen wollten ohne vorherige Anfrage um Freigabe des 1. Mai bei der Direktion. Er wollte es lediglich auf eine Kraftprobe antommen lassen, obfchon vom Kartell davon abgerathen war. Da wir aber sonst mit unserer Direktion auf sehr gutem Fuße stehen, setzen wir eine Petition auf und sammeln Unterschriften; nur Viebau verweigerte sie. Schließlich gab er sie doch, aber mit dem Bemerkten, daß er damit nicht einverstanden wäre; er füge sich nur dem moralischen Drucke. Auf unsere Vorstellung erhielten wir die Antwort vor der Direktion, daß wir keine Maßregelungen zu gewärtigen hätten; aber der Betrieb dürfe nicht stehen. Wir wollten nun feiern. Da jagte Viebau: „Und wenn Ihr Alle feiert, dann bin ich der Einzige, der arbeitet. An meine Drehbänke stelle ich einen Sechling zum Aufpassen, und stelle mich an eure Bänke und halte diese in Betrieb. Ich mache es einfach wie ich es will, und lasse mich auf nichts ein.“ Da wir noch andere Sachen von ihm befürchteten, beschloßen wir, nicht zu feiern und er-öffnenen pünktlich zur Arbeit. Morgens 8 Uhr verließ er die Fabrik, feierte den 1. Mai und prahlte überall herum: Da könnt Ihr jetzt sehen, was es für Großmäuler sind; kein Mensch von da feiert, ich bin der Einzige. Wir mußten aber ganz genau, wenn wir gefeiert hätten, hätte er seine Drohung wahr gemacht. Darum kam er erst einmal hin zur Arbeit und wollte sehen, wie die Sache stand. Als er aber sein verwerfliches Treiben zur Rede gestellt wurde, hat er dann noch erklärt, daß es in unserer Fabrik noch viel schlechter werden müßte. Auch wurde erwähnt, daß Viebau schon einmal in Odesloe in der Fahrradfabrik alles Andere, nur nicht kameradschaftlich, sich zeigte. Es wurde ihm da noch einmal verziehen in der Hoffnung, daß er sich bessern solle. Die Hoffnungen sind aber getauscht. Auch hat er erklärt, es wäre nicht so leicht, ihn aus dem Verbands auszuschließen, sonst könnte er uns die ganzen Huden verhungern und Hunderte von Mitgliedern abspanstig machen. Sein ganzes Verhalten ist um so verwerflicher, da Viebau selbst ein halbes Jahr Bevollmächtigter von der Zahlstelle Sorn gewesen ist, von dem man doch etwas Besseres erwarten könnte. Auch hat er offen gesagt, daß er Verschiedenes deumziren wolle. Der Entschluß zur Versammlung hat er einfach nicht Folge geleistet mit dem Bemerkten, wenn wir das wollen, sollen wir eine Extrajung abhalten. Diese wird stattfinden und dort über seinen Ausschluß verhandelt werden.

Hürnbürg. Achtung, Metallrücker! Wegen Maßregelung werden die Kollegen erucht, die Katernfabrik von Koib (Inhaber Seeger), Feuerweg 10—12, zu meiden.

Osabrück. Mitglieder-Versammlung. In der Versammlung am 7. Mai referirte Kollege G. Gieser über die Generalversammlung in Halle. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die Erhöhung der Beiträge, sowie die Erhöhung der Gehälter der Beamten wurden mit Beifall angenommen. Anders gestaltete sich jedoch die Sache bei dem Punkte: „Diäten der Delegirten“. Redner führte aus, daß der Satz von \mathcal{M} 12 entschieden zu hoch und sogar schon für diese Generalversammlung in Anwendung gebracht sei. Nachdem sich mehrere Kollegen abfällig darüber geäußert hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitglieder-Versammlung erklärt sich im Allgemeinen mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden, befreitet aber entschieden, daß es nötig sei, die Diäten der Delegirten erhöhen, und ist enttäuscht darüber, daß sich die Delegirten das Geld in die eigene Tasche bewilligt haben.“

Pöfnerk. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen ist streng fernzuhalten. **Sorgan.** Der Ausfall bei der Firma Braun & Sohn dauert ununterbrochen fort. Es fand eine Verhandlung statt, die ergab, daß die Inhaber der Firma schon etwas bewilligen wollten, aber nur Punkte, die frem Geldsack nicht nahegehen. Es wurde verschiedenen Kollegen angekünndigt, falls sie nicht bis Montag aufstehen, würden ihre Stellen befristet. Freilich, bis jetzt ist es den Unternehmern gelungen, wie es heißt, mittelst der Behörde, zwei jüngere Kollegen als Arbeitswillige zu engagieren. Es ist erwähnenswerth, daß ein Jeder, der in die Hände der Firma gelangt, nach Abgabe der Papiere sich sofort auf einer Liste, die nur Namen enthält, unterzeichnen muß, also ohne zu wissen, was es zu bedeuten hat.

Es soll aber das Einverständnis mit der Fabrikordnung sein. Die „Ordnung“ wird aber erst eine Zeit nach der Unterschrift ausgehändigt. Also, anstatt daß sich einer erst von den Missethänden überzeugen könnte, muß er unterzeichnen, damit auch die Behörde eingreifen kann, wie es hier vorgekommen ist.

Zirndorf. Am 10. Mai fand die Monatsversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle statt, in welcher der Kollege Farscher-Bürth Bericht über die Generalversammlung erstattete. Die Versammlung war mit sämtlichen Beschlüssen bis auf die Arbeitslosenunterstützung einverstanden. Diese verursachte eine längere Debatte, in der sich verschiedene Kollegen dagegen aussprachen. Der Bevollmächtigte Görndlein führte aus, die Kollegen müßten sich der Majorität anschließen, da die Arbeitslosenunterstützung für die Mitglieder, sowie für den Verband von großem Nutzen sei. Im Falle einer eintretenden Krise würden die Mitglieder es erst recht anerkennen, welchen Werth eine solche Unterstützung hat. Zum Schlusse wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung ist mit den Beschlüssen der Generalversammlung betreffs Arbeitslosenunterstützung nicht einverstanden, erklärt jedoch, für den weiteren Ausbau des Verbandes kräftig zu wirken.“ Die Versammlung nahm damit ihr Ende.

Schlösser u. Maschinenbauer.

Leipzig. Die Bauwerkschlösser hielten am 16. Mai eine öffentliche Versammlung im „Soburger Hof“ ab. Genosse Klotz referierte über die Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Er schilderte in klarer, verständlicher Weise, wie aus dem alten Zunftgesellenwesen des Mittelalters im gleichen Schritt mit der Entwicklung der Industrie und Technik unsere heutigen modernen Industrieverbände entstanden, und wie diese stets bemüht waren, die Lage der Arbeiter zu heben und zu verbessern. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. In der Diskussion wies Kollege Schramm noch auf die Verbesserungen des Unterstufungswesens im D. M.-B. hin, die auf der Generalversammlung in Halle beschlossen wurden. Redner ersucht die Kollegen, auch bei der am 1. Juli in Kraft tretenden Erhöhung der Beiträge von 20 auf 30 % dem Verbands treu zu bleiben und etwaige Ausreißer aufzuklären. Zum 2. Punkt erstattete Kollege Probst Bericht über die eingegangenen Fragebogen. Danach sind von 37 Werkstellen Fragebogen eingegangen, die insgesamt 549 Gehilfen, 112 Hilfsarbeiter und 163 Lehrlinge beschäftigen. Der Lohn ist im Höchstfalle 60 % und im niedrigsten 17 % pro Stunde, doch stehen diese beiden Fälle nur vereinzelt da. Im Allgemeinen wird ein Lohn von 25 bis 40 % gezahlt bei zehnstündiger Arbeitszeit. Nur in drei Werkstellen wird noch 10 1/2 Stunden gearbeitet. Ueberstunden werden in 19 Werkstellen gemacht, aber nur in 7 werden Prozentzuschläge dafür gezahlt. Auch wird in vielen Werkstellen über die ungenügende Beschaffenheit der Aborte geklagt, ebenso über ungenügende Waschanlagen und schlechte Behandlung. Redner unterzieht dann einige Werkstellen einer scharfen Kritik, hauptsächlich die Firma Braun-schweig & Co. Diese Firma hat eine Fabrikordnung, die dem Rath der Stadt Leipzig überhaupt noch nicht vorgelegen hat, zu der auch die dortigen Gehilfen nicht um ihre Zustimmung gefragt wurden. Es entspann sich nun eine lebhafte Debatte, und es wurde einstimmig beschlossen, eine Lohnkommission zu wählen, die der nächsten Versammlung Forderungen vorlegen soll. Hierzu wurden die Kollegen Probst, Reinert und Klein, Meising und Böcker als Ersatzleute gewählt. Unter Gewerkschaftlichen gab Kollege Dietrich im Namen der Revisionen bekannt, daß sie die Abrechnung vom Wintervergnügen geprüft und für richtig befunden haben. Dem Kollegen Bewald wurde Decharge ertheilt. Weiter wurde beschlossen, ein Sommerfest abzuhalten und eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Widmann, Rändler, Söllmann, Wilhelm und Scheller, gewählt, die die Vorarbeiten zu erledigen hat. Kollege Widmann gab noch die Antwort der Innung wegen der Waisfeier bekannt, wonach die Innung bezweifelte, daß der Beschluß von Innungsgesellen gefaßt worden sei, was allgemeine Heiterkeit erregte, da wir wohl Innungsmeister, aber keine Innungsgesellen kennen, da diese bekanntlich keine Zwangsinnung haben. Nach einigen weiteren Ausführungen seitens des Vorsitzenden schloß die schwach besuchte Versammlung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg.) Bekanntmachung.

Das Mitgliedsbuch des Formers Wilhelm Reinke, geb. am 5. März 1876 in Wilhelmshagen, beigetreten 21. August 1898, Klasse II, ist abhanden gekommen (wahrscheinlich gestohlen). Sollte dasselbe bei einer örtlichen Verwaltung vorgelegt werden, so ist dieses anzuhalten und uns zuzufinden. Daselbe ist für ungültig erklärt. Der Vorstand unserer Jahresabrechnung 1898 ist beendet. Sollte eine Filiale keine bekommen haben, ersuchen wir, zu reklamieren.

Der Vorstand.

An die Verwaltungsstellen des Agitationsbezirks Schleswig, Holstein und Lübeck.

In der Adresse des Vorsitzenden der Agitationskommission, Kollegen A. Wiese II, ist eine Veränderung eingetreten. Die Wohnung desselben ist jetzt Kiel, Hummelwieße 7, was die Ortsverwaltungen beachten wollen.

Die Agitationskommission der Metallarbeiter für Schleswig, Holstein, Lübeck.

An die gewerkschaftlichen Organisationen des Ruhrreviers.

Im Anschluß an seinen ersten Aufruf und in Gemäßheit der eingegangenen Vorschläge, beruft das „Eisener Gewerkschaftskartell“ eine Konferenz sämtlicher gewerkschaftlicher Organisationen des Ruhrreviers.

zum 25. Juni cr. nach Mülheim a. d. Ruhr, im Lokale des Herrn Wirths Koll. Dickswall Nr. 10. Beginn der Verhandlungen Morgens punkt 11 Uhr.

Tagesordnung:

1. Wahl der Geschäftsleitung.
2. Festsetzung der Geschäftsordnung.
3. Wie fördern wir die gewerkschaftliche Organisation im Ruhrgebiet. Referent Otto Hüe.
4. Diskussion und Berathung der Vorschläge.

Zu dieser Konferenz haben sämtliche gewerkschaftliche Organisationen des Ruhrreviers Delegirte zu entsenden, die Zahlstellen der Zentralverbände je einen, die örtlichen Gewerkschaftskartelle je zwei Delegirte.

Das Gewerkschaftskartell Essen.

Den örtlichen Kartellen geht behufs Information der übrigen Organisationen eine genaue Begründung und Erklärung über den Zweck der Konferenz zu. Die Anmeldungen der Delegirten, sowie alle anderen Zuschriften und Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Essen: Wilhelm Düwell, Essen, Gerlingsplatz 9.

An die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands!

Arbeitsgenossen! Laut Beschluß des ersten Bauarbeiter-schutzkongresses hat sich in Hamburg die „Zentralkommission für Bauarbeiterschutz“ konstituiert und ist in Thätigkeit getreten.

Zur Erringung eines vernünftigen Schutzes für Leben und Gesundheit der Arbeiter wie anderer Verhältnisse im Baugewerbe, um die Lage dieser Arbeiter erträglicher zu gestalten, bedarf es einer energischen Bethätigung im Sinne dieser Kongressbeschlüsse. Vor Allem werden die Leitenden wie Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter nach der Richtung vorzugehen haben, daß sie neben der agitatorischen Behandlung dieser Frage in den einzelnen Orten Kommissionen bilden, die sich der Aufgabe unterziehen, die Zustände auf den Baustellen fortgesetzt zu beobachten, von Zeit zu Zeit eine Kontrolle in besonderer Beziehung zu den Unfallverhütungsvorschriften auszuführen und versuchen, die ortsbau-polizeilichen Schutzbestimmungen durchzuführen und ihre Wahrnehmungen in einer geordneten Zusammenstellung der unterzeichneten Kommission einzusenden.

Die Zentralkommission wird, ihrer Aufgabe gemäß, bei unserem Vorgehen überall unterstützend und beratend den in der Sache thätigen Personen zur Seite stehen. Die Vielfältigkeit dieser so jämmerlichen Zustände im Baugewerbe bedingt aber auch, daß die fortgeschrittenen, denkenden Arbeiter der einzelnen Berufe sich in der Frage bilden, sich das einschlägige Material unseres Büchermarktes zu eigen machen, ganz besonders aber das Protokoll des Ersten Bauarbeiter-schutzkongresses, das in allernächster Zeit zur Versendung kommt, aufmerksam studieren. — Aber die Zentralkommission wird auch andererseits, um den Landes-, Provinzial- wie Ortskommissionen ihre Aufgabe zu erleichtern, ebenso unserem Vorgehen einen einheitlichen wie zielbewußten Charakter zu geben, es für notwendig halten, Anweisungen wie Aufnahmeschemata den Vertrauenspersonen zugehen zu lassen, aus denen die Direktive unserer gemeinsamen Thätigkeit leicht ersichtlich ist.

Wenn wir, unbeirrt um das Geschrei der Baupespektanten, aller Vorder- und Hintermänner der Arbeiterausbeutung im Baugewerbe, unbeirrt um die Drohungen und reaktionären Wadenschäften der Baugewerkszünftler, unser großes Ziel verfolgen, so werden wir — wie auch die Auslassungen der Regierungsvorgänge in den letzten Tagen über die Stellungnahme der Reichsregierung zu dieser Frage wieder beweisen — dem Schritt um Schritt näher kommen. Vor Allem gilt es, für unsere Sache die öffentliche Meinung zu erkämpfen. Alle Faktoren des öffentlichen Lebens: die Wissenschaft, die politische Kreise, die Parlamente müssen wir für die aller Kultur wie dem Rechtsbewußtsein hochsprechenden Zustände im Baugewerbe zu interessieren suchen. In der Presse und den öffentlichen Versammlungen darf die Frage nicht von der Tagesordnung und auch nicht aus der Diskussion verschwinden!!

Mit Festigkeit und zäher Ausdauer müssen wir die Aufgaben, die uns Allen der Erste Bauarbeiter-schutzkongress erteilt, durchführen und das gezeichnete Ziel, die „Beseitigung der Korruption im Baugewerbe“, zu erreichen suchen. Es braucht wohl hier nicht besonders erwähnt zu werden, daß bei der Vielfältigkeit der politischen Gestaltung in Deutschland, in besonderer Beziehung zu den Vereins- und Versammlungs-gesetzen auch ein besonnenes sachliches Vorgehen dahingehend überall am Platze ist. Als notwendig wird deshalb erscheinen, die Kommissionen oder die Vertrauenspersonen, die mit der Zentralkommission in Korrespondenz usw. treten, in öffentlichen Versammlungen aller baugewerblichen Arbeiter am Ort zu wählen.

Die Zentralkommission hat den Genossen G. Heinke, Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstr. 16, 1, zu ihrem Geschäftsführer bestimmt, an den alle Sendungen, Briefe wie Anfragen etc. zu richten sind. Derselbe wird auch nach jeder Richtung in dieser Sache unterstützend eingreifen.

Nun vorwärts!! Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz zu Hamburg.

Rundschau.

Die Metallindustriellen sind unermüdlich in der Erfindung neuer Mittel zur Bekämpfung der ihnen so verhassten organisierten Arbeiter. Jetzt erscheint unter dem Titel: „Anzeigenblatt zur Förderung des Arbeit-nachweises“ in Berlin ein Organ für Streikbrecher. Die Gründung geht vom Verband der Metallindustriellen aus, denn in der ersten Nummer inserieren nicht weniger als 18 Arbeit-nachweise dieser Vereinigung. Jeden Mittwoch soll eine Nummer des Blattes erscheinen, die alle offenen Stellen ausbietet. Das Blatt wird unentgeltlich in Logisbüros, Arbeiterkolonien, Herbergen und Restaurationen ausgelegt. Auf diese Art glaubt man nach Orten, wo Lohn-differenzen und Streiks ausgebrochen sind, „Arbeit-nachweise“ locken zu können. In die Arbeit-nachweise sind Zirkulare gefaßt, mit der Aufforderung, in dem Blatt zu inserieren.

Der Kongress der christlichen Gewerkschaften wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit am ersten Pfingst-

feiertag in Mainz eröffnet. Die „Germania“ veröffentlicht die zu den 5 Punkten der Tagesordnung unterbreiteten Zeit-sätze. Ueber den Charakter der Gewerkschaften wird gesagt, daß sie interkonfessionell sein sollen und sich keiner politischen Partei anschließen werden. Die Organisation soll sich folgen-demmaßen gestalten:

Die Gewerkschaften setzen sich aus Ortsgruppen zusammen. Die Ortsgruppen wählen sich nach Zahl ihrer Mit-glieder Delegirte. Die Delegirten aller Ortsgruppen zusammen bilden die Generalversammlungen der Gewerkschaften. Die Generalversammlung wählt aus ihrer Mitte die Zentral-leitung der Gewerkschaften, welche die gesammten Geschäfte und Aktionen derselben leiten und auszuführen hat. Die Zentralleitung setzt sich aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 2 Kassirern und Beisitzern zusammen. Als Aufgaben der Gewerkschaften werden bezeichnet: Stellung zur Lohnfrage und Arbeitszeit. In Ermangelung genügend gebotener ge-seglicher Versicherung für Krankheit, Unfälle, Arbeitslosigkeit, Arbeitsnachweis und Invalidität haben die Gewerkschaften durch Schaffung entsprechender Kassen und Institute das Fehlende zu ersetzen. Empfehlenswerth ist auch für die Ge-werkschaften, durch Errichtung von Spar- und Konsumkassen den Sparstern der Arbeiter zu fördern. Eine besondere Auf-gabe der Gewerkschaften ist die Durchführung der zum Schutze von Sittlichkeit, Gesundheit und Leben der Arbeiter erlassenen gesetzlichen und gewerbepolizeilichen Bestimmungen zu über-wachen und den Mitgliedern Rechtschutz zu gewähren. Ferner sollen sie auch Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, Arbeiteraus-schüsse, Gewerbegerichte usw. erstreben.

Zur Taktik der Gewerkschaften heißt es: Es ist nicht zu vergessen, daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Inter-essen haben, darauf beruhend, daß beide Theile nicht allein als zusammengehörige Faktoren der Arbeit, der letzteren Recht auf angemessene Entlohnung gegenüber dem Kapital, sondern vor Allem die Interessen der Erzeugung von Gütern gegen-über dem Verbrauch derselben zu vertreten haben. Beide Theile beanspruchen mit Recht eine größtmögliche Verzinsung ihres in der Erzeugung von Gütern enthaltenen Kapitals; der Unternehmer seines Kapitals und der Arbeiter seiner Ar-beitskraft.

Dhne beides, Kapital und Arbeitskraft, keine Produktion. Darum soll die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von versöhnlichem Geiste durchweht und durchdrungen sein. Die Forderungen müssen maßvoll sein, aber fest und entschieden vertreten werden. Der Ausstand darf nur als letztes Mittel, und wenn Erfolg versprechend, angewandt werden.

Nach dem „Arbeiter“ zählte der Kongress 44 Delegirte. Als erster Vorsitzender fungirte der bekannte Brust-Altens-essen.

Ausperrung in Dänemark. Die dänischen Unter-nehmer, die seit langer Zeit bereits einen Hauptschlag gegen die prächtig aufblühenden Arbeiterorganisationen des Landes planten, haben am 24. Mai die Arbeiter des gesammten Bau-gewerbes und der ganzen Eisenindustrie ausgesperrt. Mehr als 30.000 Arbeiter sind mit einem Schläge auf die Straße geworfen worden, mehr als 100.000 Menschen brodlos gemacht. Der Ursprung der Differenzen läßt genau erkennen, daß die Scharfmacher den Krieg wollten.

Die Unternehmer kümmern sich nicht darum, daß sie mit ihrem Vorgehen gegen eine Vereinbarung aus dem Jahre 1898 verstoßen. Damals wurde ein gemeinsamer Ausschuß zur Abwicklung gewerkschaftlicher Streitigkeiten eingesetzt und zugleich bestimmt, daß alle Streitigkeiten innerhalb der Gewerke, die dem Unternehmerverband angehören, vor ein gemeinsames Schiedsgericht gebracht werden sollen. Ent-gegen diesen Abmachungen haben die Unternehmer jetzt die Aussperrung vorgenommen.

Die dänische Arbeiterschaft steht jetzt vor einem Riesen-kampfe. Es handelt sich für ihre Organisationen um Sein oder Nichtsein. Der Ernst der Situation kann Niemandem verborgen bleiben. Mit allen unseren Sympathien stehen wir auf der Seite unserer Brüder. Dänemark hat die besten Arbeiterorganisationen auf dem europäischen Kontinent. Seine klarbedeutende, zielbewußte und sachlich handelnde Arbeiterschaft verfügt über eine vorzügliche Presse, die Kassen sind wohl-gefüllt; wenn auch die vorhandenen Beträge bei der großen Zahl der Aussperrten nicht für lange Zeit ausreichen können, so können die Opfer des dänischen Scharfmacher-thums doch mit Gemütheit auf das Solidaritätsgefühl ihrer Klassen-genossen rechnen.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Dieb) Verlag) ist jochen das 35. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Internationales Schau-stück. — Die Nothwendigkeit in Natur und Geschichte. Ant-wort an K. Kautsky. Von Eduard Bernstein. — Die gesetz-liche Einführung der freien Arznei. Von Robert Schmidt. — Hamburgrische Schriften zur künstlerischen Jugend-erziehung. Von Otto Umedorf. — Litterarische Rundschau. — Notizen: Die Elektrotechnik in der chemischen Großindustrie. — Feuillet-ton: Erinnerungen eines Achtundvierzigers. (Fortsetzung.)

Die Kirche im Dienste des Unternehmerrthums. Eine Streitschrift gegen den christlich-sozialen Arbeiterfang von Richard Calwer. Verlag der Buch-handlung des Vorwärts, Berlin SW. Preis 10 J. — Diese Broschüre ist gegen die unter dem Titel: „Arbeiterkatechismus“ für christlich-soziale Arbeiter erschienene Schmähschrift des Pastors Gräbentisch in Hohenkirchen gerichtet. Sie erörtert in gemeinverständlich Weise in 5 Kapiteln die Fragen: „Die Kirche und die soziale Frage.“ — „Warum organisieren sich die Arbeiter?“ — „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung.“ — „Die christlichen Sonderorganisationen.“ — „Die Kirche im Dienste des Unternehmerrthums“ und legt darlagend die wahre Absicht der christlich-sozialen Propaganda da: durch die kon-fessionellen Sonderorganisationen die Organisationsbestrebung der Arbeiter und ihre Kämpfe zur Besserung ihrer Klassen-lage lahmzulegen, im Interesse und zum Vortheile der Unternehmerrklasse. Zum Zwecke der Massenver-breitung wurde auch eine **Agitationsausgabe** veranstaltet, die wir den Kollegen empfehlen: 100 Stück M 6, 500 Stück M 20, 1000 Stück M 30 rc.

Briefkasten.

S. München. Bericht war ohne Interesse.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Sonnabend, 3. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Lobli“...
Alt- und Neugersdorf. Freitag, 2. Juni, Abends halb 9 Uhr, in kleinerem Gasthaus, Filippstorf...
Augsburg. Samstag, 3. Juni, Abends 8 Uhr, im „Blauen Boot“...
Barmen. Am 10. Juni...
Berlin. Montag, 5. Juni, Abends 8 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, Generalversammlung...
Breslau. Sonntag, 4. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Lobli“...
Dresden u. Umgebung. Sonntag, 3. Juni, Abends 9 Uhr, in Seipert's Gasthof in Pieschen, Vorgauert...
Erfurt. (Sektion der Klempner.) Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. bei Wirsching, Allerheiligenstr. 6...
Frankfurt a. M. (Sektion der Spengler und Installateure.) Samstag, 3. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Stein, Gr. Eichenheimergasse 23...
Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, 3. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Fiene, Stadtmacherstr. 1...
Heilbronn. Samstag, 14. Juni, Abends halb 9 Uhr, in der „Hose“...
Hildesheim. Sonntag, 4. Juni, Nachmittags 2 Uhr, im „Deutschen Haus“...
Karlsruhe. (Sektion der Blechler und Installateure.) Samstag, 3. Juni, Abends 8 Uhr, in der „Wacht am Rhein“, Gartenstraße 22...
Leipzig. Dienstag, 6. Juni, Abends 8 Uhr, bei Tropfen...
Ludwigshafen a. Rh. Samstag, 10. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Wagnerstr.

Metalldarbeiter. Referent: Kollege Ehler. — Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Münster a. O. Sonnabend, 3. Juni, Abends 8 Uhr, in Restaurant Paul, Friedrichstr. 44.
Münsterberg. (Sektion der Tischler.) Samstag, 3. Juni, im „Mürker“.
Münsterberg. (Sektion der Schleifer, Polierer und Bernickler.) Samstag, 10. Juni, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Wörner“, Döblichmannsplatz. Gründung einer Sterbekasse.
Noll. Am 5. Juni.
Nürnberg. Sonnabend, 10. Juni, Abends halb 9 Uhr. Bericht über die Generalversammlung in Halle. Referent: H. Leber-Jena. Die Folgen unserer Lohnbewegung.
Potsdam. Samstag, 10. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Trisch, Bismarckstraße.
Potsdam. Sonnabend, 10. Juni, bei Schreiber, Feldstraße 24.
Stuttgart. (Sektion der Former.) Sonntag, 4. Juni, Vormittags 10 Uhr, bei Vogel, Neckarstraße.
Tübingen. Samstag, 3. Juni. Vortrag über die Beschäfte der letzten Generalversammlung.
Weilert. Samstag, 10. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Witwe Kötterheit, Neustr. 26. Wahl des 1. Kassiers.
Wiesbaden. (Allgem.) Samstag, 3. Juni, Abends 10 Uhr. Bericht von der Provinzialkonferenz in Offenbach.
Zittau. Sonnabend, 3. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Bürgergarten“.

Augsburg. Der Kesselschmied Franz Josef Luz, geb. 7. November 1867 zu Chemnitz, eingetreteten 25. April 1896 zu Augsburg, wird nochmals aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen.
Düsseldorf. Der Kollege Karl Wochter aus Ravensburg, Spt.-Nr. 266448, wird ersucht, sich wegen seines Mitgliedsbuches an den Vorstand zu wenden...
Dresden u. Umgebung. Sonntag, 18. Juni, großes Sommerfest im „Sambrianus“, Wobrunerstr., bestehend in verschiedenen Herren- und Damenbelustigungen...
Frankenthal. Sonntag, 4. Juni, Ausflug nach Lambrecht mit Fahrpreisermäßigung. Das Fahrgehalt (1,40 Mk) ist längstens Samstag Abend zu bezahlen...
Hamburg. (Schlöffer und verwandte Berufsgenossen.) Sonntag, 25. Juni, Großes Sommervergnügen, verbunden mit Preiskegeln, Schießen für Damen und Herren...
Karlsruhe. (Sektion der Blechler und Installateure.) Bevollmächtigter ist: Christian Faust, Rheinbahnstraße 8, II.
Kempten. Wegen Aufgabe des bisherigen Vereinslokals und Wanzels eines andern werden die Kollegen ersucht, die Reiseunterstützung bei Schuhmachermeister Alois Albrecht, Braugasse B 103, in der Nähe der Brauwirtschaft, an Wochentagen zu jeder Tageszeit und Sonntags Mittags von 12—2 Uhr zu holen.

München. (Sektion der Schloßer u. Maschinenbauer.) Das Verkehrs- und Versammlungslokal befindet sich nunmehr wieder im „Ober-Ott“, Sendlingerstraße. Arbeitsnachweis und Bibliothek ebenfalls. Versammlungen jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Vorleser jeden 3. Samstag, Sonntag, 4. Juni, Vormittags 10 Uhr, Versammlung in Thalkirchen mit Vortrag des Kollegen Kuchta.
Hennrich. Sonntag, 11. Juni, zum Vergnügen in Greiz. Abfahrt 12 Uhr 6 Min.
Münster a. O. Unser Verkehrslokal ist nicht mehr in der „Goldenen Engel“, Friedrichstraße, sondern Friedrichstraße 44 bei Herrn Paul.
Münsterberg. Sonntag, 11. Juni, zu dem in Greiz stattfindenden Vergnügen. Abfahrt 7 Uhr am unteren Bahnhof, Abfahrt halb 8 Uhr. Der Preis für Fahrt inkl. Vergnügen beträgt M 1,30. Karten sind im Voraus bei den Kollegen: H. Schlegel, Seminarstr. 21, O. Stummfeld, Neundorferstr. 5, P. Huber, Döbenauerstr. 51, Schlung, Klosterkeller, J. Metz, Gottschalkstr. 7 zu entnehmen.
Potsdam. Der Klempner Fritz Oppel, geboren am 16. Januar 1879 zu Seltershausen, Buch Nr. 112860, wird hierdurch aufgefordert, das aus unserer Bibliothek entlehene Buch sofort zurückzugeben.

Storbekannt. In Rostock am 4. Mai in Folge eines Unglücksfalles Abolt Stried, 31 Jahre alt. — In Nürnberg am 13. Mai der Schwied Friedrich Sandmann, 25 Jahre alt; am 25. Mai der Seifenmacher Georg Dextersch, 20 Jahre alt, an der Proclariertkrankheit. — In Tübingen Johann Jugischwert, 27 Jahre alt. — In Solter am 27. Mai Wilhelm Benz, Former, aus Oberhausen (Köln), 49 Jahre alt, an Lungenerkrankung. — In Gärth am 24. Mai der Metallbrüder Joh. Käpfer.

Storbekannt. In Rostock am 4. Mai in Folge eines Unglücksfalles Abolt Stried, 31 Jahre alt. — In Nürnberg am 13. Mai der Schwied Friedrich Sandmann, 25 Jahre alt; am 25. Mai der Seifenmacher Georg Dextersch, 20 Jahre alt, an der Proclariertkrankheit. — In Tübingen Johann Jugischwert, 27 Jahre alt. — In Solter am 27. Mai Wilhelm Benz, Former, aus Oberhausen (Köln), 49 Jahre alt, an Lungenerkrankung. — In Gärth am 24. Mai der Metallbrüder Joh. Käpfer.

Öffentliche Versammlungen.

Regensburg. Samstag, 10. Juni, Abends 8 Uhr, in der Schmid'schen Bierhalle an der Oswaldstraße, allgemeine Metallarbeiterversammlung.
Nizza a. d. G. Sonntag, 4. Juni, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Grundstück des Herrn Koch in Hobersee öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.
Wiesbaden. (Allg.) Samstag, 4. Juni, Abends 9 Uhr, im Schwalbacher Hof, öffentliche Versammlung.
Zittau. Sonnabend, 3. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Belvedere“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Privat-Anzeigen.

Aufforderung. Der Glaschneidgerüst Geiß (wahrscheinlich aus Stuttgart), bis vor kurzem in Heidelberg, soll als Zeuge vernommen werden.
Zwei bis drei durchaus zuverlässige Former sucht Eisenwerk Heamarkt i. O.
Tüchtige Maschinenschlöffer finden lohnende und dauernde Beschäftigung.
Ein jüngerer tüchtiger Former auf Silbergruß sogleich gesucht.
Som 1. Juli d. J. ab erscheint in Stuttgart monatlich zweimal: Metallotechnische Rundschau.

Metallotechnische Rundschau.

Gemeinverständliches Fachblatt für sämtliche Branchen der Metallindustrie.
Abonnementspreis: nur 95 Pfg. pro Vierteljahr sammt Bringerlohn
Die Metallotechnische Rundschau widmet sich der Verbreitung und Weiterbildung der Kenntnisse aller in der Metallindustrie thätigen Arbeiter und Handwerker.
Die Metallotechnische Rundschau berichtet über Fortschritte und Erfindungen auf dem Gebiete der Technik und erfüllt dadurch einen in Arbeiterkreisen längst ausgesprochenen Wunsch; sie schreibt leichtfaßlich und gemeinverständlich.
Die Metallotechnische Rundschau ist das billigste aller einschlägigen Fachblätter, das Abonnement ist daher auch dem geringbemittelten strebsamen Arbeiter und Handwerker möglich gemacht.
Die Prospekte sind bereits nach allen größeren Orten des Reiches verandt worden und bitten wir die Empfänger um deren bestmögliche Verbreitung unter den Fachgenossen.
Interessenten, welche gegen gute Entschädigung zum Verzicht des Blattes bereit sind, mögen sich umgehend mit der Geschäftsstelle in Verbindung setzen.
Sendungen jeder Art wolle man gefl. adressieren an die Geschäftsstelle der Metallotechnischen Rundschau, Stuttgart, Diebst. 53. Redaktion und Verlag.

Achtung:

Former und Berufsgenossen!

Empfehle mich zur Beförderung meiner allseitig beliebten, aus bestem Material verfertigten und höchst sauber hergestellten Fabrikate in Formerwerkzeugen, Formergürteln u. s. w.
Zusendung meines neuesten Musterbuches nebst Preisliste erfolgt franco.
I. Sächs. Formerwerkzeugfabrik H. Schneider Leipzig-Lindenau, Duedstr. 13.

Lederhosenfabrikant

W. Ad. Langer, Leubsdorf (Sachsen), empfiehlt sich zur Beförderung seiner berühmten Double-Lederhosen in silbergrau, weißgebleicht und dunkelbraun.
I. Dual, ganz hart, schwer per Paar M 5,—,
II. Dual, mittelhart, halbweich, per Paar M 4,50,
frei in's Haus per Nachnahme.
Bitte, Musterkarte, ev. Probehose zu verlangen.
Dritte, veränderte Auflage:
Seherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.
(Durch Tourenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reise-touren. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenkarten. Gebd. M 1,50
Durch alle Buchhandl., Kolp. u. J. Seherm, Nürnberg